

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. Juni 1974 zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus

A. Zielsetzung

Das am 11. Juni 1974 von der Bundesregierung in Paris unterzeichnete Übereinkommen hat zum Ziel, die bestehende Verschmutzung der Nordsee und des Nordostatlantik zu verringern und neue Verschmutzungen zu verhüten. Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beteiligt sich neben ihren Mitgliedstaaten als Vertragspartei am Übereinkommen.

Mit dem Vertragsgesetz sollen die verfassungsmäßigen Voraussetzungen für die Ratifikation des Übereinkommens geschaffen werden.

B. Lösung

Das Übereinkommen sieht vor, daß die Vertragsparteien einzeln oder gemeinsam Programme und Maßnahmen durchführen, mittels derer die Verschmutzung der Nordsee – insbesondere der Küstengewässer – und des Nordostatlantik durch solche Stoffe, wie sie in der Anlage A zum Übereinkommen und in Artikel 4 Abs. 4 des Übereinkommens erfaßt sind, ggf. stufenweise beseitigt oder streng begrenzt werden soll. Der Durchführung des Übereinkommens dient die Einrichtung einer Kommission, der Vertreter aller Vertragsparteien angehören.

Da sich das Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, bedarf seine Ratifikation gem. Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

Das Übereinkommen kann – soweit es um die Reinhaltung des Küstenmeeres (Dreimeilenzone) geht – auf der Grundlage des geltenden Wasserrechtes, Atomrechtes und Abfallbeseitigungsrechtes des Bundes und der Länder innerstaatlich vollzogen werden.

Die Reinhaltung des Meeres von Verschmutzungen im Sinne des Übereinkommens, die von Forschungshandlungen, Aufsuchungs-, Gewinnungs- und Aufbereitungsbetrieben sowie Rohrleitungen im Bereich des deutschen Festlandsockels ausgehen, ist durch das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Rechte am Festlandsockel vom 24. Juli 1964 (BGBl. I S. 497), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. September 1974 (BGBl. I S. 2149) bzw. durch das die genannten Gesetze ab 1. Januar 1982 ablösende Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310 ff.), gewährleistet. Für sonstige Betriebe (Plattformen, die überwiegend der Verarbeitung dienen oder reine Produktionsplattformen) in der Hohen See (innerhalb und außerhalb des Bereichs des deutschen Festlandsockels) fehlt derzeit ein aktueller Regelungsbedarf.

Die Verschmutzung des Meeres durch Stoffe, die mittels Rohrleitungen vom Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgehend in das Meeresgebiet jenseits der Dreimeilenzone eingeleitet werden, kann für die praktisch in Betracht kommenden Fälle nach dem Wasserhaushaltsgesetz oder den Landeswassergesetzen der Küstenländer verhindert bzw. streng begrenzt werden, so daß auch insoweit das Übereinkommen innerstaatlich umgesetzt werden kann. Durch die Pflicht der zuständigen Landesbehörden, vor Erteilung einer Genehmigung das Deutsche Hydrographische Institut und andere beteiligte Bundesbehörden anzuhören (Artikel 3), sind die Bundesinteressen gewahrt.

Der Entwurf sieht vor, Änderungen der Anlage A des Übereinkommens durch Rechtsverordnung in Kraft zu setzen.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Die Erfüllung der mit dem Übereinkommen übernommenen Verpflichtungen – vor allem die Überwachung und Bekämpfung von Verschmutzungen – kann über die bereits im Rahmen des Vertragsgesetzes zu den Übereinkommen vom 15. Februar 1972 und 29. Dezember 1972 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge vom 11. Februar 1977 (BGBl. I S. 165 ff.) bestehenden Aktivitäten hinaus möglicherweise zusätzlichen Verwaltungsaufwand des Bundes und der Länder sowie höhere Sachausgaben erfordern. Ein wesentlicher Teil der ihnen aus dem Übereinkommen erwachsenden Aufgaben (Umsetzung von Programmen und Maßnahmen) dürfte im Rahmen bereits bestehender Aufgaben zu erfüllen sein. Da Programme und Maßnahmen nur bei Annahme durch die Vertragspartei für diese verbindlich werden, muß jeweils vor der dann notwendigen Entscheidung die Kostenhöhe und -trägerschaft festgestellt werden.

Darüber hinaus entstehen Kosten durch die Mitarbeit in der durch das Übereinkommen errichteten und bereits tätig gewordenen Kommission. Sie unterhält zur Verwaltungseinfachung und Kostenersparnis ein gemeinsames Sekretariat mit der Kommission nach dem Übereinkommen vom 15. Februar 1972.

Dem DHI und den anderen beteiligten Bundesbehörden werden durch die nach Artikel 3 zu erfüllenden Aufgaben aus gegenwärtiger Sicht keine Kosten für Personalvermehrung und keine wesentlich erhöhten Sachkosten entstehen, da von der Möglichkeit zum Bau von Rohrleitungen kaum Gebrauch gemacht werden dürfte.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (33) – 235 31 – Ko 1/81

Bonn, den 30. Januar 1981

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 4. Juni 1974 zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus in englischer, französischer und deutscher Sprache sowie eine Denkschrift zu dem Übereinkommen sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 495. Sitzung am 30. Januar 1981 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf zu erheben.

Schmidt

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Übereinkommen vom 4. Juni 1974
zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates
das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Paris am 11. Juni 1974 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 4. Juni 1974 zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verkehr und dem Bundesminister für Wirtschaft durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Änderungen des Anhangs A, Teile I, II und III des in Artikel 1 dieses Gesetzes genannten Übereinkommens nach dessen Artikel 18, die sich im Rahmen der Ziele des Übereinkommens halten, in Kraft zu setzen.

Artikel 3

Vor der Erteilung von Genehmigungen für die Errichtung und den Betrieb von Rohrleitungen, die vom Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgehend Stoffe im Sinne des Übereinkommens in die Hohe See einleiten, sind das Deutsche Hydrographische Institut und die übrigen beteiligten Behörden des Bundes zu hören.

Artikel 4

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 5

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da das Gesetz in Verbindung mit dem Übereinkommen einschließlich seiner Anlagen auch Vorschriften enthält, die sich auf das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden beziehen.

Zu Artikel 2

Die Anlage A besitzt infolge der schnellen Entwicklung von Forschung und Technik einen vorläufigen Charakter. Das Übereinkommen trägt dem Rechnung, indem es in Artikel 18 Abs. 4 ein vereinfachtes Verfahren zur Änderung der Anlage A vorsieht. Die Verordnungsermächtigung des Artikels 2 ermöglicht es, Änderungen der Anlage A vereinfacht innerstaatlich in Kraft zu setzen. Änderungen der Artikel des Übereinkommens nach Artikel 27 bleiben hiervon unberührt.

Zu Artikel 3

Die Anhörung des Deutschen Hydrographischen Instituts, das seinerseits andere beteiligte Behörden des Bundes, z. B. Bundesforschungsanstalt für Fischerei, Biologische Anstalt Helgoland, Umweltbundesamt, vor Erteilung von Genehmigungen durch die zuständigen Landesbehörden für die Errichtung der genannten Rohrleitungen einschaltet, soll sicherstellen, daß die poten-

tiellen Auswirkungen der beantragten Einleitungen auf das ökologische Gleichgewicht der Hohen See im Einleitungsbereich geprüft und eventuelle Auswirkungen auf das Küstenmeer frühzeitig erkannt werden können.

Mit den Worten „Genehmigungen für die Errichtung und den Betrieb“ sollen die für das Übereinkommen maßgeblichen Sachverhalte umfassend umschrieben werden. Mit dem Wort „Betrieb“ soll insbesondere die Erteilung von Erlaubnissen nach § 7 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes erfaßt werden.

Artikel 3 behandelt die Einleitung von Stoffen im Sinne des Übereinkommens, das heißt Stoffe, die von Artikel 4 Abs. 4 und gemäß Anlage A des Übereinkommens erfaßt sind.

Zu Artikel 4

Das Übereinkommen sowie die nach Artikel 2 dieses Gesetzes zu erlassenden Rechtsverordnungen sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus

Convention for the Prevention of Marine Pollution from Land-Based Sources

Convention pour la prévention de la pollution marine d'origine tellurique

(Übersetzung)

The Contracting Parties –

recognizing that the marine environment and the fauna and flora which it supports are of vital importance to all nations;

mindful that the ecological equilibrium and the legitimate uses of the sea are increasingly threatened by pollution;

considering the recommendations of the United Nations Conference on the Human Environment, held in Stockholm in June 1972;

recognizing that concerted action at national, regional and global levels is essential to prevent and combat marine pollution;

convinced that international action to control the pollution of the sea from land-based sources can and should be taken without delay, as part of progressive and coherent measures to protect the marine environment from pollution, whatever its origin, including current efforts to combat the pollution of international waterways;

considering that the common interests of States concerned with the same marine area should induce them to cooperate at regional or sub-regional levels;

recalling the Convention for the Prevention of Marine Pollution by Dumping from Ships and Aircraft concluded in Oslo on 15 February 1972,

have agreed as follows:

Article 1

1. The Contracting Parties pledge themselves to take all possible steps to prevent pollution of the sea, by which is meant the introduction by man, directly or indirectly, of substances or energy into the marine environment (including estuaries) resulting in such deleterious effects as hazards to human health, harm to living resources and to marine eco-systems,

Les Parties Contractantes:

reconnaissant que l'environnement marin et la faune et la flore qu'il conditionne ont une importance vitale pour toutes les nations;

conscientes du fait que l'équilibre écologique et les utilisations légitimes de la mer sont de plus en plus menacées par la pollution;

prenant en considération les recommandations de la Conférence des Nations Unies sur l'Environnement Humain, qui s'est réunie à Stockholm en juin 1972;

reconnaissant que des actions concertées aux niveaux national, régional et mondial sont essentielles pour prévenir et combattre la pollution des mers;

convaincues que des actions internationales visant à contrôler la pollution marine d'origine tellurique peuvent et doivent être menées sans tarder, comme partie d'un programme progressif et cohérent de protection de l'environnement marin contre la pollution, quelle que soit son origine, comprenant les efforts actuels pour lutter contre la pollution des cours d'eau internationaux;

considérant que les intérêts communs des États concernés d'une même zone marine doivent les conduire à coopérer au niveau régional ou sub-régional;

rappelant la Convention pour la prévention de la pollution marine par les opérations d'immersion effectuées par les navires et aéronefs, conclue à Oslo le 15 février 1972,

sont convenues des dispositions ci-après:

Article premier

1. Les Parties Contractantes s'engagent à prendre toutes les mesures possibles pour éviter la pollution de la mer, ce qui signifie l'introduction par l'homme, directement ou indirectement, de substances ou d'énergie dans l'environnement marin (y compris les estuaires) entraînant des conséquences de nature à mettre en danger la santé humaine, à

Die Vertragsparteien –

in der Erkenntnis, daß die Meeresumwelt und die von ihr lebenden Tiere und Pflanzen für alle Völker von lebenswichtiger Bedeutung sind;

eingedenk dessen, daß das ökologische Gleichgewicht und die rechtmäßige Nutzung des Meeres zunehmend durch Verschmutzung bedroht sind;

unter Berücksichtigung der Empfehlungen der im Juni 1972 in Stockholm abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen;

im Hinblick darauf, daß ein untereinander abgestimmtes Vorgehen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zur Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung unerlässlich ist;

überzeugt, daß als Teil fortlaufender und zusammenhängender Maßnahmen zum Schutz der Meeresumwelt gegen Verschmutzung jeglichen Ursprungs einschließlich der gegenwärtigen Bemühungen zur Bekämpfung der Verschmutzung internationaler Wasserstraßen unverzüglich internationale Vorkehrungen zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung vom Lande aus getroffen werden können und sollen;

in der Erwägung, daß die mit demselben Meeresgebiet befaßten Staaten durch ihre gemeinsamen Interessen veranlaßt werden sollten, auf regionaler oder sub-regionaler Ebene zusammenzuarbeiten;

eingedenk des am 15. Februar 1972 in Oslo geschlossenen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle nur möglichen Maßnahmen zu treffen, um die Meeresverschmutzung zu verhüten, d. h. die unmittelbare oder mittelbare Einführung von Stoffen oder Energie in die Meeresumwelt (einschließlich der Flußmündungen) durch den Menschen, wenn dadurch die menschliche Gesundheit gefährdet, die lebenden

damage to amenities or interference with other legitimate uses of the sea.

2. The Contracting Parties shall adopt individually and jointly measures to combat marine pollution from land-based sources in accordance with the provisions of the present Convention and shall harmonize their policies in this regard.

Article 2

The present Convention shall apply to the maritime area within the following limits:

- a. those parts of the Atlantic and Arctic Oceans and the dependent seas which lie North of 36° north latitude and between 42° west longitude and 51° east longitude, but excluding:
 - i. the Baltic Sea and Belts lying to the south and east of lines drawn from Hasenore Head to Griben Point, from Korshage to Spodsbjerg and from Gilbjerg Head to Kullen, and
 - ii. the Mediterranean Sea and its dependent seas as far as the point of intersection of the parallel of 36° north latitude and the meridian auf 5°36' west longitude;
- b. that part of the Atlantic Ocean north of 59° north latitude and between 44° west longitude and 42° west longitude.

Article 3

For the purpose of the present Convention:

- a. "Maritime area" means: the high seas, the territorial seas of Contracting Parties and waters on the landward side of the base lines from which the breadth of the territorial sea is measured and extending in the case of watercourses, unless otherwise decided under Article 16 c of the present Convention, up to the freshwater limit;
- b. "Freshwater limit" means: the place in the watercourse where, at low tide and in a period of low freshwater flow, there is an appreciable increase in salinity due to the presence of seawater;
- c. "Pollution from land-based sources" means: the pollution of the maritime area
 - i. through watercourses,
 - ii. from the coast, including introduction through underwater or other pipelines,

nuire aux ressources vivantes et au système écologique marin, à porter atteinte aux agréments ou à gêner d'autres utilisations légitimes de la mer.

2. Les Parties Contractantes prendront individuellement et en commun des mesures pour combattre la pollution marine d'origine tellurique conformément aux dispositions de la présente Convention et elles harmoniseront leurs politiques à cet effet.

Article 2

La présente Convention s'applique à la zone maritime dont les limites sont les suivantes:

- a. les régions des océans Atlantique et Arctique et de leurs mers secondaires qui s'étendent au nord du 36° de latitude nord et entre le 42° de longitude ouest et le 51° de longitude est mais à l'exclusion:
 - i. de la mer Baltique et des Belts au sud et à l'est des lignes allant d'Hasenore Head à Griben Point, de Korshage à Spodsbjerg et de Gilbjerg Head à Kullen, et
 - ii. de la mer Méditerranée et des mers secondaires jusqu'au point d'intersection du 36° parallèle de latitude nord et du 5°36' méridien de longitude ouest;
- b. la région de l'Océan Atlantique au nord du 59° de latitude nord et entre 44° de longitude ouest et 42° de longitude ouest.

Article 3

Aux fins de la présente Convention:

- a. On entend par «zone maritime»: la haute mer, les mers territoriales des Parties Contractantes et les eaux en deçà de la ligne de base servant à mesurer la largeur de la mer territoriale et s'étendant dans le cas des cours d'eau, sauf décision contraire prise en vertu de l'article 16 c de la présente Convention, jusqu'à la limite des eaux douces;
- b. On entend par «limite des eaux douces»: l'endroit dans le cours d'eau où, à marée basse et en période de faible débit d'eau douce, le degré de salinité augmente sensiblement par suite de la présence de l'eau de mer;
- c. On entend par «pollution tellurique»: la pollution de la zone maritime
 - i. par les cours d'eau,
 - ii. à partir de la côte, y compris par introduction au moyen de canalisations sous-marines et autres canalisations,

Schätze und das Ökosystem des Meeres geschädigt, die Annehmlichkeiten der Umwelt beeinträchtigt oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres behindert werden.

(2) Die Vertragsparteien treffen nach Maßgabe dieses Übereinkommens einzeln und gemeinsam Maßnahmen zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung vom Lande aus und stimmen ihre diesbezügliche Politik aufeinander ab.

Artikel 2

Dieses Übereinkommen findet auf das wie folgt abgegrenzte Meeresgebiet Anwendung:

- a) diejenigen Teile des Atlantischen Ozeans und des Nördlichen Eismees und ihrer Nebengewässer, die nördlich von 36° nördlicher Breite und zwischen 42° westlicher Länge und 51° östlicher Länge liegen, jedoch ausschließlich
 - i) der Ostsee und der Belte südlich und östlich der Linien, die vom Kap Hasenöre zum Kap Griben, von Korshage nach Spodsbjerg und vom Kap Gilbjerg nach Kullen verlaufen, sowie
 - ii) des Mittelmeers und seiner Nebengewässer bis zum Schnittpunkt des Breitenkreises in 36° nördlicher Breite und des Längengrades in 5°36' westlicher Länge;
- b) denjenigen Teil des Atlantischen Ozeans, der nördlich von 59° nördlicher Breite und zwischen 44° westlicher Länge und 42° westlicher Länge liegt.

Artikel 3

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet

- a) „Meeresgebiet“ die Hohe See, die Küstenmeere der Vertragsparteien und die Gewässer auf der landwärtigen Seite der Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeeres gemessen wird; es erstreckt sich bei Wasserläufen bis zur Süßwassergrenze, sofern nach Artikel 16 Buchstabe c nichts anderes beschlossen wird;
- b) „Süßwassergrenze“ die Stelle in dem Wasserlauf, an der bei Ebbe und zu einer Zeit schwachen Süßwasserflusses auf Grund des Vorhandenseins von Meerwasser eine erhebliche Zunahme des Salzgehalts festzustellen ist;
- c) „Verschmutzung vom Lande aus“ die Verschmutzung des Meeresgebiets
 - i) durch Wasserläufe;
 - ii) von der Küste aus, einschließlich der Einführung durch Unterwasser- oder sonstige Rohrleitungen;

- iii. from man-made structures placed under the jurisdiction of a Contracting Party within the limits of the area to which the present Convention applies.

Article 4

1. The Contracting Parties undertake:

- a. to eliminate, if necessary by stages, pollution of the maritime area from land-based sources by substances listed in Part I of Annex A to the present Convention;
- b. to limit strictly pollution of the maritime area from land-based sources by substances listed in Part II of Annex A to the present Convention.

2. In order to carry out the undertakings in paragraph 1 of this Article, the Contracting Parties, jointly or individually as appropriate, shall implement programmes and measures:

- a. for the elimination, as a matter of urgency, of pollution of the maritime area from land-based sources by substances listed in Part I of Annex A to the present Convention;
- b. for the reduction or, as appropriate, elimination of pollution of the maritime area from land-based sources by substances listed in Part II of Annex A to the present Convention. These substances shall be discharged only after approval has been granted by the appropriate authorities within each Contracting State. Such approval shall be periodically reviewed.

3. The programmes and measures adopted under paragraph 2 of this Article shall include, as appropriate, specific regulations or standards governing the quality of the environment, discharges into the maritime area, such discharges into watercourses as affect the maritime area, and the composition and use of substances and products. These programmes and measures shall take into account the latest technical developments.

The programmes shall contain time-limits for their completion.

4. The Contracting Parties may, furthermore, jointly or individually as appropriate, implement programmes or measures to forestall, reduce or eliminate pollution of the maritime area from land-based sources by a substance not then listed in Annex A to the present Convention, if scientific evidence has established that a serious hazard may be created in the maritime area by that substance and if urgent action is necessary.

- iii. à partir de structures artificielles placées sous la juridiction d'une Partie Contractante dans les limites de la zone d'application de la présente Convention.

Article 4

1. Les Parties Contractantes s'engagent:

- a. à éliminer, au besoin par étapes, la pollution de la zone maritime d'origine tellurique par des substances énumérées à la Partie I de l'Annexe A de la présente Convention;
- b. à limiter sévèrement la pollution de la zone maritime d'origine tellurique par des substances énumérées à la Partie II de l'Annexe A de la présente Convention.

2. Pour l'exécution des engagements prévus au paragraphe 1 du présent article, les Parties Contractantes, conjointement ou individuellement selon les cas, mettent en œuvre des programmes et mesures:

- a. en vue de l'élimination urgente de la pollution d'origine tellurique de la zone maritime due aux substances énumérées à la Partie I de l'Annexe A de la présente Convention;
- b. en vue de la réduction ou le cas échéant de l'élimination de la pollution d'origine tellurique de la zone maritime due aux substances énumérées à la Partie II de l'Annexe A de cette Convention. Ces substances ne peuvent être rejetées que sur agrément donné par les autorités compétentes de chaque État contractant. Cet agrément fera l'objet d'une révision périodique.

3. Les programmes et mesures adoptés au titre du paragraphe 2 de cet article comprennent, le cas échéant, des règlements ou normes spécifiques applicables à la qualité de l'environnement, aux rejets dans la zone maritime, à ceux des rejets dans les cours d'eau qui affectent la zone maritime et à la composition et à l'usage de substances et de produits. Ces programmes et mesures tiennent compte des derniers progrès techniques.

Les programmes fixent des délais d'achèvement.

4. Les Parties Contractantes peuvent, en outre, conjointement ou individuellement selon les cas, mettre en œuvre des programmes ou des mesures en vue de prévenir, de réduire ou d'éliminer la pollution d'origine tellurique de la zone maritime par une substance ne figurant pas à l'Annexe A de la présente Convention si les données scientifiques ont établi que cette substance peut créer pour la zone maritime un danger grave et s'il est urgent de prendre des mesures.

- iii) von der Hoheitsgewalt einer Vertragspartei unterstehenden menschlichen Bauwerken innerhalb des Gebiets aus, auf das dieses Übereinkommen Anwendung findet.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich,

- a) nötigenfalls stufenweise die Verschmutzung des Meeresgebiets vom Lande aus durch die in Anlage A Teil I aufgeführten Stoffe zu beseitigen;
- b) die Verschmutzung des Meeresgebiets vom Lande aus durch die in Anlage A Teil II aufgeführten Stoffe streng zu begrenzen.

(2) Um den Verpflichtungen nach Absatz 1 nachzukommen, führen die Vertragsparteien je nach Lage des Falles gemeinsam oder einzeln Programme und Maßnahmen durch

- a) zur vordringlichen Beseitigung der Verschmutzung des Meeresgebiets vom Lande aus durch die in Anlage A Teil I aufgeführten Stoffe,
- b) zur Verringerung oder gegebenenfalls Beseitigung der Verschmutzung des Meeresgebiets vom Lande aus durch die in Anlage A Teil II aufgeführten Stoffe. Diese Stoffe werden nur nach Erteilung einer Genehmigung durch die zuständigen Behörden jedes Vertragsstaats eingeleitet. Die Genehmigung wird in regelmäßigen Abständen überprüft.

(3) Die nach Absatz 2 beschlossenen Programme und Maßnahmen müssen gegebenenfalls besondere Vorschriften oder Normen über die Qualität der Umwelt, die Einleitung in das Meeresgebiet, eine Einleitung in Wasserläufe, die das Meeresgebiet beeinflusst, und die Zusammensetzung und Verwendung von Stoffen und Erzeugnissen enthalten. Diese Programme und Maßnahmen müssen den jüngsten technischen Entwicklungen Rechnung tragen.

Die Programme müssen Abschlusstermine enthalten.

(4) Die Vertragsparteien können außerdem je nach Lage des Falles gemeinsam oder einzeln Programme oder Maßnahmen zur Verhütung, Verringerung oder Beseitigung der Verschmutzung des Meeresgebiets vom Lande aus durch einen derzeit nicht in Anlage A aufgeführten Stoff durchführen, wenn der wissenschaftliche Nachweis erbracht wird, daß durch diesen Stoff eine ernstliche Gefahr in dem Meeresgebiet entstehen kann, und wenn dringende Maßnahmen erforderlich sind.

Article 5

1. The Contracting Parties undertake to adopt measures to forestall and, as appropriate, eliminate pollution of the maritime area from land-based sources by radio-active substances referred to in Part III of Annex A of the present Convention.

2. Without prejudice to their obligations under other treaties and conventions, in implementing this undertaking the Contracting Parties shall:

- a. take full account of the recommendations of the appropriate international organisations and agencies;
- b. take account of the monitoring procedures recommended by these international organisations and agencies;
- c. coordinate their monitoring and study of radio-active substances in accordance with Articles 10 and 11 of the present Convention.

Article 6

1. With a view to preserving and enhancing the quality of the marine environment, the Contracting Parties, without prejudice to the provisions of Article 4, shall endeavour:

- a. to reduce existing pollution from land-based sources;
- b. to forestall any new pollution from land-based sources, including that which derives from new substances.

2. In implementing this undertaking, the Contracting Parties shall take account of:

- a. the nature and quantities of the pollutants under consideration;
- b. the level of existing pollution;
- c. the quality and absorptive capacity of the receiving waters of the maritime area;
- d. the need for an integrated planning policy consistent with the requirement of environmental protection.

Article 7

The Contracting Parties agree to apply the measures they adopt in such a way as to avoid increasing pollution:

- in the seas outside the area to which the present Convention applies;
- in the maritime area covered by the present Convention, originating otherwise than from land-based sources.

Article 8

No provision of the present Convention shall be interpreted as preventing the

Article 5

1. Les Parties Contractantes s'engagent à adopter des mesures en vue de prévenir et, le cas échéant, d'éliminer la pollution d'origine tellurique de la zone maritime due aux substances radioactives dont il est question à la Partie III de l'Annexe A de la présente Convention.

2. Sans préjudice de leurs obligations découlant d'autres traités et conventions, les Parties Contractantes, dans l'exécution de cet engagement, doivent:

- a. tenir pleinement compte des recommandations des organisations et institutions internationales compétentes;
- b. tenir compte des procédures de surveillance recommandées par ces organisations et institutions internationales;
- c. coordonner leur surveillance et leur étude des substances radioactives conformément aux articles 10 et 11 de la présente Convention.

Article 6

1. Dans le but de préserver et d'améliorer la qualité de l'environnement marin, les Parties Contractantes, sans préjudice des dispositions de l'article 4, s'engagent à œuvrer pour:

- a. réduire la pollution d'origine tellurique existante;
- b. prévenir toute nouvelle pollution d'origine tellurique, y compris la pollution par de nouvelles substances.

2. Dans la mise en œuvre de cet engagement, les Parties Contractantes prennent en considération:

- a. la nature et les quantités des polluants considérés;
- b. le niveau de pollution existante;
- c. la qualité et la possibilité d'absorption des eaux réceptrices de la zone maritime;
- d. la nécessité d'une politique intégrée d'aménagement compatible avec les impératifs de la protection de l'environnement.

Article 7

Les Parties Contractantes conviennent de mettre en œuvre les mesures qu'elles auront adoptées de manière:

- à ne pas augmenter la pollution dans les mers situées en dehors de la zone d'application de la présente Convention;
- à ne pas augmenter la pollution d'autres origines que d'origine tellurique dans la zone maritime couverte par la présente Convention.

Article 8

Aucune des dispositions de la présente Convention ne peut être interprétée

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, Maßnahmen zur Verhütung und gegebenenfalls Beseitigung der Verschmutzung des Meeresgebiets vom Lande aus durch die in Anlage A Teil III bezeichneten radioaktiven Stoffe zu ergreifen.

(2) Unbeschadet ihrer Verpflichtungen auf Grund anderer Verträge und Übereinkommen werden die Vertragsparteien bei der Erfüllung dieser Verpflichtung

- a) die Empfehlungen der zuständigen internationalen Organisationen und Einrichtungen voll berücksichtigen;
- b) die von diesen internationalen Organisationen und Einrichtungen empfohlenen Überwachungsverfahren berücksichtigen;
- c) ihre Überwachung und Untersuchung radioaktiver Stoffe nach den Artikeln 10 und 11 koordinieren.

Artikel 6

(1) Zur Erhaltung und Verbesserung der Qualität der Meeresumwelt werden sich die Vertragsparteien unbeschadet des Artikels 4 bemühen,

- a) die bestehende Verschmutzung vom Lande aus zu verringern;
- b) jede neue Verschmutzung vom Lande aus einschließlich der Verschmutzung durch neue Stoffe zu verhüten.

(2) Bei der Erfüllung dieser Verpflichtung berücksichtigen die Vertragsparteien

- a) Art und Mengen der in Betracht kommenden Verunreinigungsstoffe;
- b) den Stand der bestehenden Verschmutzung;
- c) Qualität und Absorptionsfähigkeit des diese Stoffe aufnehmenden Wassers des Meeresgebiets;
- d) die Notwendigkeit einer integrierten Planungspolitik im Einklang mit den Erfordernissen des Umweltschutzes.

Artikel 7

Die Vertragsparteien kommen überein, die von ihnen beschlossenen Maßnahmen so anzuwenden, daß sie eine Zunahme der Verschmutzung

- in den Meeren außerhalb des Gebiets, auf das dieses Übereinkommen Anwendung findet,
- in dem von diesem Übereinkommen erfaßten Meeresgebiet aus anderen Quellen als vom Lande aus verhindern.

Artikel 8

Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als hindere es die Vertrags-

Contracting Parties from taking more stringent measures to combat marine pollution from land-based sources.

Article 9

1. When pollution from land-based sources originating from the territory of a Contracting Party by substances not listed in Part I of Annex A of the present Convention is likely to prejudice the interests of one or more of the other Parties to the present Convention, the Contracting Parties concerned undertake to enter into consultation, at the request of any one of them, with a view to negotiating a co-operation agreement.

2. At the request of any Contracting Party concerned, the Commission referred to in Article 15 of the present Convention shall consider the question and may make recommendations with a view to reaching a satisfactory solution.

3. The special agreements specified in paragraph 1 of this Article may, among other things, define the areas to which they shall apply, the quality objectives to be achieved, and the methods for achieving these objectives including methods for the application of appropriate standards and the scientific and technical information to be collected.

4. The Contracting Parties signatory to these special agreements shall, through the medium of the Commission, inform the other Contracting Parties of their purport and of the progress made in putting them into effect.

Article 10

The Contracting Parties agree to establish complementary or joint programmes of scientific and technical research, including research into the best methods of eliminating or replacing noxious substances so as to reduce marine pollution from land-based sources, and to transmit to each other the information so obtained. In doing so they shall have regard to the work carried out, in these fields, by the appropriate international organizations and agencies.

Article 11

The Contracting Parties agree to set up progressively and to operate within the area covered by the present Convention a permanent monitoring system allowing:

- the earliest possible assessment of the existing level of marine pollution;
- the assessment of the effectiveness of measures for the reduction of marine pollution from land-based sources taken under the terms of the present Convention.

comme empêchant les Parties Contractantes de prendre des mesures plus strictes en ce qui concerne la lutte contre la pollution marine d'origine tellurique.

Article 9

1. Lorsque la pollution d'origine tellurique en provenance du territoire d'une Partie Contractante par des substances non énumérées à la Partie I de l'Annexe A de la présente Convention est susceptible de mettre en cause les intérêts d'une ou de plusieurs autres parties à la présente Convention, les Parties Contractantes concernées s'engagent à entrer en consultation, à la demande de l'une d'entre elles, en vue de négocier un accord de coopération.

2. A la demande d'une Partie Contractante concernée, la Commission mentionnée à l'Article 15 de la présente Convention examine la question et peut faire des recommandations en vue de parvenir à une solution satisfaisante.

3. Les accords spéciaux prévus dans le paragraphe 1 du présent Article peuvent, entre autres, définir les zones auxquelles ils s'appliquent, les objectifs de qualité à atteindre, et les moyens de parvenir à ces objectifs, y compris les méthodes pour l'application de normes appropriées ainsi que les renseignements scientifiques et techniques à recueillir.

4. Les Parties Contractantes signataires de ces accords spéciaux informent, par l'intermédiaire de la Commission, les autres Parties Contractantes de leur teneur et des progrès réalisés dans leur mise en œuvre.

Article 10

Les Parties Contractantes conviennent d'établir des programmes complémentaires ou conjoints de recherche scientifique et technique, comprenant la recherche des meilleures méthodes d'élimination ou de remplacement de substances nocives pour aboutir à une diminution de la pollution marine d'origine tellurique; elles conviennent de se communiquer mutuellement les informations ainsi obtenues. Ce faisant, elles tiendront compte des travaux effectués dans ces domaines par les organisations et institutions internationales compétentes.

Article 11

Les Parties Contractantes conviennent de mettre progressivement en place et d'exploiter dans la zone d'application de la présente Convention un réseau d'observation permanente de paramètres permettant:

- d'apprécier le niveau existant de la pollution marine aussi rapidement que possible;
- de vérifier l'efficacité des mesures de réduction de la pollution marine d'origine tellurique, prises en application de la Convention.

parteien, strengere Maßnahmen zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung vom Lande aus zu ergreifen.

Artikel 9

(1) Ist die vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ausgehende Verschmutzung vom Lande aus durch nicht in Anlage A Teil I aufgeführte Stoffe geeignet, die Interessen einer oder mehrerer anderer Vertragsparteien zu schädigen, so verpflichten sich die betroffenen Vertragsparteien, auf Antrag einer von ihnen Konsultationen zwecks Aushandeln einer Übereinkunft über Zusammenarbeit aufzunehmen.

(2) Auf Antrag einer betroffenen Vertragspartei wird die Frage von der in Artikel 15 vorgesehenen Kommission geprüft; die Kommission kann Empfehlungen zur Erzielung einer befriedigenden Lösung abgeben.

(3) Die Sonderübereinkünfte nach Absatz 1 können unter anderem die Gebiete, auf die sie Anwendung finden, die angestrebten Qualitätsziele und die Methoden zur Erreichung dieser Ziele, darunter auch Methoden zur Anwendung angemessener Normen, sowie die zu sammelnden wissenschaftlichen und technischen Informationen festlegen.

(4) Die Vertragsparteien, welche diese Sonderübereinkünfte unterzeichnen, unterrichten die anderen Vertragsparteien über die Kommission vom Inhalt dieser Übereinkünfte und von den bei ihrer Durchführung erzielten Fortschritten.

Artikel 10

Die Vertragsparteien kommen überein, einander ergänzende oder gemeinsame wissenschaftliche und technische Forschungsprogramme aufzustellen, die auch die Erforschung der besten Methoden zur Beseitigung oder Ablösung schädlicher Stoffe umfassen, um die Meeresverschmutzung vom Lande aus zu verringern, und sich gegenseitig die hierbei erhaltenen Informationen mitzuteilen. Dabei werden sie die einschlägigen Arbeiten der zuständigen internationalen Organisationen und Einrichtungen berücksichtigen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien kommen überein, innerhalb des von diesem Übereinkommen erfaßten Gebiets stufenweise ein ständiges Überwachungssystem zu errichten und zu betreiben, das es ermöglicht,

- den derzeitigen Stand der Meeresverschmutzung möglichst frühzeitig festzustellen;
- die Wirksamkeit der auf Grund dieses Übereinkommens getroffenen Maßnahmen zur Verringerung der Meeresverschmutzung vom Lande aus festzustellen.

For this purpose the Contracting Parties shall lay down the ways and means of pursuing individually or jointly systematic and ad hoc monitoring programmes. These programmes shall take into account the deployment of research vessels and other facilities in the monitoring area.

The programmes shall take into account similar programmes pursued in accordance with conventions already in force and by the appropriate international organisations and agencies.

Article 12

1. Each Contracting Party undertakes to ensure compliance with the provisions of this Convention and to take in its territory appropriate measures to prevent and punish conduct in contravention of the provisions of the present Convention.

2. The Contracting Parties shall inform the Commission of the legislative and administrative measures they have taken to implement the provisions of the preceding paragraph.

Article 13

The Contracting Parties undertake to assist one another as appropriate to prevent incidents which may result in pollution from land-based sources, to minimize and eliminate the consequences of such incidents, and to exchange information to that end.

Article 14

1. The provisions of the present Convention may not be invoked against a Contracting Party to the extent that the latter is prevented, as a result of pollution having its origin in the territory of a non-Contracting State, from ensuring their full application.

2. However, the said Contracting Party shall endeavour to cooperate with the non-Contracting State so as to make possible the full application of the present Convention.

Article 15

A Commission composed of representatives of each of the Contracting Parties is hereby established. The Commission shall meet at regular intervals and at any time when due to special circumstances it is so decided in accordance with its rules of procedure.

Article 16

It shall be the duty of the Commission:

- a. to exercise overall supervision over the implementation of the present Convention;

A cette fin, les Parties Contractantes arrêtent les modalités pratiques des programmes de surveillance systématique et occasionnelle assurés individuellement ou en commun. Ces programmes tiendront compte de la présence dans la zone de surveillance de navires de recherche et d'autres équipements.

Les programmes tiendront compte des programmes analogues poursuivis dans le cadre des conventions déjà en vigueur et par les organisations et institutions internationales compétentes.

Article 12

1. Chacune des Parties Contractantes s'engage à veiller au respect des dispositions de la présente Convention et à prendre sur son territoire les mesures appropriées pour prévenir et sanctionner tout comportement contraire aux dispositions de la présente Convention.

2. Les Parties Contractantes informèrent la Commission des mesures législatives et réglementaires prises en vue de l'application des dispositions du paragraphe précédent.

Article 13

Les Parties Contractantes s'engagent à se prêter assistance mutuelle en tant que de besoin pour empêcher les accidents qui pourraient conduire à la pollution d'origine tellurique, à minimiser et à éliminer les conséquences de tels accidents et à échanger des informations à cette fin.

Article 14

1. Les dispositions de la présente Convention ne sont pas opposables à une Partie Contractante dans la mesure où celle-ci, du fait d'une pollution ayant son origine dans le territoire d'un État non contractant, serait empêchée d'assurer leur pleine application.

2. Toutefois, cette Partie Contractante s'efforcera de coopérer avec ledit État afin de rendre possible la pleine application de la présente Convention.

Article 15

Une Commission composée de représentants de chacune des Parties Contractantes est créée par la présente Convention. La Commission se réunira à intervalles réguliers et à tout moment lorsque, en raison de circonstances spéciales, il en sera ainsi décidé, conformément au Règlement intérieur.

Article 16

La Commission a pour mission:

- a. d'exercer une surveillance générale sur la mise en œuvre de la présente Convention;

Dazu bestimmen die Vertragsparteien, in welcher Weise sie einzeln oder gemeinsam systematische und Ad-hoc-Überwachungsprogramme durchführen können. Diese Programme berücksichtigen den Einsatz von Forschungsschiffen und sonstigen Anlagen in dem überwachten Gebiet.

Die Programme berücksichtigen ähnliche Programme, die auf Grund bereits in Kraft befindlicher Übereinkünfte von den zuständigen internationalen Organisationen und Einrichtungen durchgeführt werden.

Artikel 12

(1) Jede Vertragspartei verpflichtet sich, die Einhaltung dieses Übereinkommens sicherzustellen und in ihrem Hoheitsgebiet geeignete Maßnahmen zur Verhütung und Bestrafung von Verstößen gegen das Übereinkommen zu treffen.

(2) Die Vertragsparteien teilen der Kommission die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen mit, die sie zur Durchführung des Absatzes 1 getroffen haben.

Artikel 13

Die Vertragsparteien verpflichten sich, einander erforderlichenfalls bei der Verhütung von Ereignissen, die zu einer Verschmutzung vom Lande aus führen können, Beistand zu leisten, die Folgen derartiger Ereignisse auf ein Mindestmaß zu beschränken und zu beseitigen und zu diesem Zweck Informationen auszutauschen.

Artikel 14

(1) Dieses Übereinkommen darf einer Vertragspartei insoweit nicht entgegengehalten werden, als diese infolge einer Verschmutzung, die ihren Ursprung im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaats hat, an seiner vollen Anwendung gehindert ist.

(2) Jedoch wird sich die betreffende Vertragspartei bemühen, mit dem Nichtvertragsstaat zusammenzuarbeiten, um die volle Anwendung dieses Übereinkommens zu ermöglichen.

Artikel 15

Hiermit wird eine aus Vertretern aller Vertragsparteien bestehende Kommission eingesetzt. Sie tritt in regelmäßigen Abständen sowie jederzeit zusammen, wenn dies auf Grund besonderer Umstände nach ihrer Geschäftsordnung beschlossen wird.

Artikel 16

Die Kommission hat die Aufgabe,

- a) die allgemeine Aufsicht über die Durchführung dieses Übereinkommens auszuüben;

- | | | |
|--|--|---|
| <p>b. to review generally the condition of the seas within the area to which the present Convention applies, the effectiveness of the control measures being adopted and the need for any additional or different measures;</p> <p>c. to fix, if necessary, on the proposal of the Contracting Party or Parties bordering on the same watercourse and following a standard procedure, the limit to which the maritime area shall extend in that watercourse;</p> <p>d. to draw up, in accordance with Article 4 of the present Convention, programmes and measures for the elimination or reduction of pollution from land-based sources;</p> <p>e. to make recommendations in accordance with the provisions of Article 9;</p> <p>f. to receive and review information and distribute it to the Contracting Parties in accordance with the provisions of Articles 11, 12 and 17 of the present Convention;</p> <p>g. to make, in accordance with Article 18, recommendations regarding any amendment to the lists of substances included in Annex A to the present Convention;</p> <p>h. to discharge such other functions, as may be appropriate, under the terms of the present Convention.</p> | <p>b. d'examiner de façon générale l'état des mers situées dans les limites de la zone d'application de la présente Convention, l'efficacité des mesures de contrôle qui ont été adoptées et la nécessité de toutes mesures complémentaires ou différentes;</p> <p>c. de fixer, le cas échéant, sur proposition de la ou des Parties Contractantes riveraines d'un même cours d'eau et selon une procédure type, la limite dans ce cours d'eau jusqu'à laquelle s'étendra la zone maritime;</p> <p>d. d'élaborer, conformément à l'article 4 de la présente Convention, des programmes et des mesures d'élimination ou de réduction de la pollution d'origine tellurique;</p> <p>e. de faire des recommandations conformément aux dispositions de l'article 9;</p> <p>f. de recueillir et d'examiner des informations et de les diffuser aux Parties Contractantes conformément aux dispositions des articles 11, 12 et 17 de la présente Convention;</p> <p>g. de faire, conformément à l'article 18, des recommandations concernant les amendements éventuels aux listes de substances figurant à l'Annexe A de la présente Convention;</p> <p>h. de remplir toutes autres fonctions, en tant que de besoin, aux termes de la présente Convention.</p> | <p>b) den Zustand des Meeres innerhalb des Gebiets, auf das dieses Übereinkommen Anwendung findet, sowie die Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen und die Notwendigkeit etwaiger zusätzlicher oder andersartiger Maßnahmen allgemein zu überprüfen;</p> <p>c) gegebenenfalls auf Vorschlag der an denselben Wasserlauf grenzenden Vertragspartei oder Vertragsparteien nach einem Standardverfahren die Grenze festzulegen, bis zu der sich das Meeresgebiet in diesem Wasserlauf erstreckt;</p> <p>d) nach Artikel 4 Programme und Maßnahmen zur Beseitigung oder Verringerung der Verschmutzung vom Lande aus zu erarbeiten;</p> <p>e) nach Artikel 9 Empfehlungen abzugeben;</p> <p>f) nach den Artikeln 11, 12 und 17 Informationen entgegenzunehmen und zu überprüfen und sie an die Vertragsparteien zu verteilen;</p> <p>g) nach Artikel 18 Empfehlungen hinsichtlich etwaiger Änderungen der in Anlage A enthaltenen Listen von Stoffen abzugeben;</p> <p>h) alle sonstigen nach diesem Übereinkommen etwa erforderlichen Aufgaben wahrzunehmen.</p> |
|--|--|---|

Article 17

The Contracting Parties, in accordance with a standard procedure, shall transmit to the Commission:

- a. the results of monitoring pursuant to Article 11;
- b. the most detailed information available on the substances listed in the Annexes to the present Convention and liable to find their way into the maritime area.

The Contracting Parties shall endeavour to improve progressively techniques for gathering such information which can contribute to the revision of the pollution reduction programmes drawn up in accordance with Article 4 of the present Convention.

Article 18

1. The Commission shall draw up its own Rules of Procedure which shall be adopted by unanimous vote.

2. The Commission shall draw up its own Financial Regulations which shall be adopted by unanimous vote.

3. The Commission shall adopt, by unanimous vote, programmes and measures for the reduction or elimination of pollution from land-based sources as provided for in Article 4, programmes for scientific research and monitoring as

Article 17

Les Parties Contractantes transmettent à la Commission, conformément à une procédure type:

- a. les résultats du contrôle et de la surveillance prévus par l'article 11;
- b. les informations disponibles, aussi détaillées que possible, sur les substances énumérées dans les Annexes de la présente Convention et susceptibles de parvenir à la zone maritime.

Les Parties Contractantes s'efforcent d'améliorer progressivement les techniques permettant de rassembler ces informations qui pourront contribuer à la révision des programmes de réduction de pollution établis conformément à l'article 4 de la présente Convention.

Article 18

1. La Commission établit son Règlement intérieur qui est adopté à l'unanimité des voix.

2. La Commission élabore son Règlement financier qui est adopté à l'unanimité des voix.

3. La Commission adopte à l'unanimité des voix les programmes et les mesures de réduction ou d'élimination de la pollution d'origine tellurique prévus à l'article 4, les programmes de recherche scientifique et de surveillance prévus aux

Artikel 17

Die Vertragsparteien übermitteln der Kommission nach einem Standardverfahren

- a) die Ergebnisse der Überwachung nach Artikel 11;
- b) möglichst ausführliche Informationen über die in den Anlagen aufgeführten Stoffe, die in das Meeresgebiet gelangen könnten.

Die Vertragsparteien bemühen sich, nach und nach Verfahren für die Sammlung derartiger Informationen fortzuentwickeln, die zur Revision der nach Artikel 4 beschlossenen Programme zur Verringerung der Verschmutzung beitragen können.

Artikel 18

(1) Die Kommission gibt sich eine Geschäftsordnung, die einstimmig anzunehmen ist.

(2) Die Kommission gibt sich eine Finanzordnung, die einstimmig anzunehmen ist.

(3) Die Kommission nimmt einstimmig Programme und Maßnahmen zur Verringerung oder Beseitigung der Verschmutzung vom Lande aus nach Artikel 4, Programme für wissenschaftliche Forschung und Überwachung nach den Artikeln 10

provided for in Articles 10 and 11, and decisions under Article 16 c.

The programmes and measures shall commence for and be applied by all Contracting Parties two hundred days after their adoption, unless the Commission specifies another date.

Should unanimity not be attainable, the Commission may nonetheless adopt a programme or measures by a three quarters majority vote of its members. The programmes or measures shall commence for those Contracting Parties which voted for them two hundred days after their adoption, unless the Commission specifies another date, and for any other Contracting Party after it has explicitly accepted the programme or measures, which it may do at any time.

4. The Commission may adopt recommendations for amendments to Annex A to the present Convention by a three quarters majority vote of its members and shall submit them for the approval of the Governments of the Contracting Parties. Any Government of a Contracting Party that is unable to approve an amendment shall notify the depositary Government in writing within a period of two hundred days after the adoption of the Recommendation of amendment in the Commission. Should no such notification be received, the amendment shall enter into force for all Contracting Parties two hundred and thirty days after the vote in the Commission. The depositary Government shall notify the Contracting Parties as soon as possible of the receipt of any notification.

Article 19

Within the areas of its competence, the European Economic Community is entitled to a number of votes equal to the number of its member States which are Contracting Parties to the present Convention.

The European Economic Community shall not exercise its right to vote in cases where its member States exercise theirs and conversely.

Article 20

The depositary Government shall convene the first meeting of the Commission as soon as possible after the coming into force of the present Convention.

Article 21

Any dispute between Contracting Parties relating to the interpretation or application of the present Convention, which cannot be settled otherwise by the Parties concerned, for instance by means of inquiry or conciliation within the Commission, shall, at the request of any of those Parties, be submitted to arbitration under

articles 10 et 11 ainsi que les décisions prises en application de l'article 16 c.

Les programmes et mesures prennent effet pour toutes les Parties Contractantes et sont appliqués par elles deux cents jours après leur adoption sauf fixation par la Commission d'une autre date.

Si l'unanimité ne peut se faire, la Commission peut néanmoins adopter un programme ou des mesures par un vote à la majorité des trois-quarts de ses membres. Ce programme ou ces mesures prennent effet deux cents jours après leur adoption pour les Parties Contractantes qui ont voté en leur faveur, sauf fixation par la Commission d'une autre date, et pour toute autre Partie Contractante après qu'elle aura expressément accepté le programme ou les mesures, ce qui est possible à tout moment.

4. La Commission peut adopter des recommandations en vue d'amender l'Annexe A de la présente Convention par un vote à la majorité des trois-quarts de ses membres; celles-ci seront soumises à l'approbation des gouvernements des Parties Contractantes. Tout Gouvernement d'une Partie Contractante qui n'est pas en mesure d'approuver un amendement l'indique par écrit au Gouvernement dépositaire dans un délai de deux cents jours après l'adoption de la recommandation d'amendement en Commission. En l'absence de toute notification de ce genre, l'amendement entre en vigueur pour toutes les Parties Contractantes deux cent trente jours après le vote en Commission. Le Gouvernement dépositaire avise dès que possible les Parties Contractantes de la réception de toute notification.

Article 19

Dans les domaines relevant de ses compétences, la Communauté Économique Européenne exerce son droit de vote avec un nombre de voix égal au nombre de ses États membres qui sont Parties Contractantes à la présente Convention.

La Communauté Économique Européenne n'exerce pas son droit de vote dans les cas où ses États membres exercent le leur et réciproquement.

Article 20

Le Gouvernement dépositaire convoquera la première réunion de la Commission dès que possible après l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 21

Tout différend entre des Parties Contractantes relatif à l'interprétation ou l'application de la présente Convention et qui n'aura pu être réglé par les Parties au différend par un autre moyen tel que l'enquête ou une conciliation au sein de la Commission, est, à la requête de l'une de ces Parties, soumis à l'arbitrage dans les

und 11 sowie Beschlüsse nach Artikel 16 Buchstabe c an.

Diese Programme und Maßnahmen werden für alle Vertragsparteien zweihundert Tage nach ihrer Annahme wirksam und werden von diesem Zeitpunkt an von ihnen angewendet, sofern die Kommission keinen anderen Zeitpunkt bestimmt.

Wird keine Einstimmigkeit erzielt, so kann die Kommission dennoch ein Programm oder Maßnahmen mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder annehmen. Die Programme oder Maßnahmen werden für diejenigen Vertragsparteien, die dafür stimmten, zweihundert Tage nach ihrer Annahme wirksam, sofern die Kommission keinen anderen Zeitpunkt bestimmt, und für jede andere Vertragspartei, nachdem sie das Programm oder die Maßnahmen ausdrücklich angenommen hat, was jederzeit möglich ist.

(4) Die Kommission kann Empfehlungen für Änderungen der Anlage A mit Dreiviertelmehrheit der Stimmen ihrer Mitglieder annehmen; sie sind den Regierungen der Vertragsparteien zur Genehmigung vorzulegen. Die Regierung einer Vertragspartei, die nicht imstande ist, die Änderung zu genehmigen, notifiziert dies der Verwahrregierung schriftlich binnen zweihundert Tagen nach Annahme der Änderungsempfehlung durch die Kommission. Geht keine solche Notifikation ein, so tritt die Änderung für alle Vertragsparteien zweihundertdreißig Tage nach der Abstimmung in der Kommission in Kraft. Die Verwahrregierung notifiziert den Vertragsparteien so bald wie möglich den Eingang jeder Notifikation.

Artikel 19

In den in ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen steht der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Anzahl von Stimmen zu, die der Zahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft übt ihr Stimmrecht in Fällen, in denen ihre Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht ausüben, nicht aus; das gleiche gilt im umgekehrten Fall.

Artikel 20

Die Verwahrregierung beruft die erste Sitzung der Kommission so bald wie möglich nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens ein.

Artikel 21

Jede Streitigkeit zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die von den beteiligten Parteien nicht auf andere Weise, beispielsweise durch Untersuchung oder Vergleich innerhalb der Kommission, beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer der Streitparteien einem

the conditions laid down in Annex B to the present Convention.

conditions fixées à l'Annexe B de la présente Convention.

Schiedsverfahren nach Maßgabe der Anlage B unterworfen.

Article 22

The present Convention shall be open for signature at Paris, from 4th June 1974 to 30th June 1975, by the States invited to the Diplomatic Conference on the Convention for the Prevention of Marine Pollution from Land-Based Sources, held at Paris, and by the European Economic Community.

Article 22

La présente Convention est ouverte, à Paris, à partir du 4 juin 1974 et jusqu'au 30 juin 1975, à la signature des États invités à la Conférence diplomatique sur la Convention pour la prévention de la pollution marine d'origine tellurique, qui s'est tenue à Paris ainsi qu'à la signature de la Communauté Économique Européenne.

Artikel 22

Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten, die zu der in Paris abgehaltenen Diplomatischen Konferenz über das Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus eingeladen waren, sowie für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vom 4. Juni 1974 bis zum 30. Juni 1975 in Paris zur Unterzeichnung auf.

Article 23

The present Convention shall be subject to ratification, acceptance or approval. The instruments of ratification, acceptance or approval shall be deposited with the Government of the French Republic.

Article 23

La présente Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation. Les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation seront déposés auprès du Gouvernement de la République française.

Artikel 23

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Article 24

1. After 30th June 1975, the present Convention shall be open for accession by States referred to in Article 22 and by the European Economic Community.

Article 24

1. Après le 30 juin 1975, la présente Convention sera ouverte à l'adhésion des États visés à l'article 22 ainsi qu'à l'adhésion de la Communauté Économique Européenne.

Artikel 24

(1) Nach dem 30. Juni 1975 liegt dieses Übereinkommen für die in Artikel 22 bezeichneten Staaten und für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zum Beitritt auf.

2. The present Convention shall also be open for accession from the same date by any other Contracting Party to the Convention for the Prevention of Marine Pollution by Dumping from Ships and Aircraft, opened for signature at Oslo on 15th February 1972.

2. La présente Convention sera également ouverte à partir de cette même date à l'adhésion de toute autre Partie Contractante à la Convention pour la prévention de la pollution marine par les opérations d'immersion effectuées par les navires et aéronefs, ouverte à la signature à Oslo le 15 février 1972.

(2) Dieses Übereinkommen liegt von demselben Zeitpunkt an für jede andere Vertragspartei des am 15. Februar 1972 in Oslo zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen durch Schiffe und Luftfahrzeuge zum Beitritt auf.

3. From the date of its entry into force, the present Convention shall be open for accession by any State not referred to in Article 22, located upstream on watercourses crossing the territory of one or more Contracting Parties to the present Convention and reaching the maritime area defined in Article 2.

3. Dès son entrée en vigueur, la présente Convention sera ouverte à l'adhésion de tout État non visé à l'article 22, situé en amont des cours d'eau traversant le territoire d'une ou de plusieurs Parties Contractantes à la présente Convention et se jetant dans la zone maritime définie à l'article 2.

(3) Vom Tag seines Inkrafttretens an liegt dieses Übereinkommen für jeden nicht in Artikel 22 bezeichneten Staat, der stromaufwärts an Wasserläufen liegt, die das Hoheitsgebiet einer oder mehrerer Vertragsparteien durchqueren und das in Artikel 2 festgelegte Meeresgebiet erreichen, zum Beitritt auf.

4. The Contracting Parties may unanimously invite other States to accede to the present Convention. In that case the maritime area in Article 2 may, if necessary, be amended in accordance with Article 27 of the present Convention.

4. Les Parties Contractantes pourront à l'unanimité inviter d'autres États à adhérer à la présente Convention. Dans ce cas, la zone maritime de l'article 2 pourra en tant que de besoin être modifiée conformément à l'article 27 de la présente Convention.

(4) Die Vertragsparteien können andere Staaten einstimmig einladen, diesem Übereinkommen beizutreten. In diesem Fall kann das Meeresgebiet im Sinne des Artikels 2 nötigenfalls nach Artikel 27 geändert werden.

5. The instruments of accession shall be deposited with the Government of the French Republic.

5. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Gouvernement de la République française.

(5) Die Beitrittsurkunden werden bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt.

Article 25

1. The present Convention shall come into force on the thirtieth day following the date of deposit of the seventh instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 25

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suit la date du dépôt du septième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Artikel 25

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der siebenten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

2. For each Party ratifying, accepting or approving the present Convention or acceding to it after the deposit of the seventh instrument of ratification, acceptance, approval or accession, the present Convention shall enter into force on the thirtieth day after the date of deposit by

2. Pour chacune des Parties qui ratifiera, acceptera ou approuvera la présente Convention ou y adhèrera après le dépôt du septième instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, la présente Convention entrera en vigueur le trentième jour après

(2) Für jede Vertragspartei, die dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der siebenten Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde ratifiziert, annimmt oder genehmigt oder ihm beitrifft, tritt es am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annah-

that Party of its instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

Article 26

At any time after the expiry of two years from the date of coming into force of the present Convention in relation to any Contracting Party such Party may withdraw from the Convention by notice in writing to the depositary Government. Such notice shall take effect one year after the date on which it is received.

Article 27

1. The depositary Government shall, at the request of the Commission on a decision taken by a two-thirds majority of its members, call a Conference for the purpose of revising or amending the present Convention.

2. Upon accession by a State as provided for in paragraphs 2, 3 and 4 of Article 24, the maritime area in Article 2 may be amended upon a proposal by the Commission adopted by a unanimous vote. These amendments shall enter into force after unanimous approval by the Contracting Parties.

Article 28

The depositary Government shall inform the Contracting Parties and those referred to in Article 22:

- a. of signatures to the present Convention, of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, and of notices of withdrawal in accordance with Articles 22, 23, 24 and 26;
- b. of the date on which the present Convention comes into force in accordance with Article 25;
- c. of the receipt of notifications of approval or objection, and of the entry into force of amendments to the present Convention and its Annexes, in accordance with Articles 18 and 27.

Article 29

The original of the present Convention of which the French and English texts shall be equally authentic, shall be deposited with the Government of the French Republic which shall send certified copies thereof to the Contracting Parties and the States referred to in Article 22 and shall deposit a certified copy with the Secretary General of the United Nations for registration and publication in accordance with Article 102 of the United Nations Charter.

In witness whereof, the undersigned, duly authorized by their respective Governments, have signed this Convention.

Done at Paris, this 4th day of June 1974.

le dépôt par cette Partie de son instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

Article 26

A tout moment, deux années après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention à l'égard d'une Partie Contractante, cette Partie pourra dénoncer la Convention par notification écrite adressée au Gouvernement dépositaire. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue.

Article 27

1. Le Gouvernement dépositaire convoquera, à la demande de la Commission statuant à la majorité des deux tiers de ses membres, une Conférence aux fins de réviser ou de modifier la présente Convention.

2. Lors de l'adhésion d'un État, dans les conditions prévues aux paragraphes 2, 3 et 4 de l'article 24, la zone maritime de l'article 2 pourra être modifiée sur proposition de la Commission statuant à l'unanimité des voix. Ces modifications entreront en vigueur après approbation unanime des Parties Contractantes.

Article 28

Le Gouvernement dépositaire avisera les Parties Contractantes et celles visées à l'article 22:

- a. des signatures de la présente Convention, du dépôt des instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion et de notifications de dénonciation conformément aux articles 22, 23, 24 et 26;
- b. de la date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur en application de l'article 25;
- c. du dépôt des notifications d'approbation et d'objection et de l'entrée en vigueur des amendements à la présente Convention et à ses Annexes en application des articles 18 et 27.

Article 29

L'original de la présente Convention, dont les textes français et anglais font également foi, sera déposé auprès du Gouvernement de la République française qui en adressera des copies certifiées conformes aux Parties Contractantes et aux États visés à l'article 22 et qui remettra une copie certifiée conforme au Secrétaire général des Nations Unies pour enregistrement et publication conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies.

En foi de quoi, les soussignés, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs ont signé la présente Convention.

Fait à Paris, le 4 juin 1974.

me-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde durch die betreffende Vertragspartei in Kraft.

Artikel 26

Mit Ablauf von zwei Jahren nach dem Tag, an dem dieses Übereinkommen für eine Vertragspartei in Kraft getreten ist, kann diese das Übereinkommen jederzeit durch eine an die Verwahrregierung gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag ihres Eingangs wirksam.

Artikel 27

(1) Die Verwahrregierung beruft auf Ersuchen der Kommission auf Grund eines mit Zweidrittelmehrheit ihrer Mitglieder gefaßten Beschlusses eine Konferenz zur Revision oder Änderung dieses Übereinkommens ein.

(2) Nach dem Beitritt eines Staates gemäß Artikel 24 Absätze 2, 3 und 4 kann das in Artikel 2 festgelegte Meeresgebiet auf Grund eines einstimmig angenommenen Vorschlags der Kommission geändert werden. Diese Änderungen treten nach einstimmiger Genehmigung durch die Vertragsparteien in Kraft.

Artikel 28

Die Verwahrregierung unterrichtet die Vertragsparteien und die in Artikel 22 bezeichneten Parteien

- a) von jeder Unterzeichnung dieses Übereinkommens, jeder Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde sowie von jeder Kündigungsanzeige nach den Artikeln 22, 23, 24 und 26;
- b) vom Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens nach Artikel 25;
- c) vom Eingang jeder Genehmigungs- oder Ablehnungsnotifikation und vom Inkrafttreten von Änderungen dieses Übereinkommens und seiner Anlagen nach den Artikeln 18 und 27.

Artikel 29

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen englischer und französischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Französischen Republik hinterlegt; diese übermittelt den Vertragsparteien und den in Artikel 22 bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften und hinterlegt eine beglaubigte Abschrift beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Registrierung und Veröffentlichung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Paris am 4. Juni 1974.

Annex A

The allocation of substances to Parts I, II and III below takes account of the following criteria:

- a. persistence;
- b. toxicity or other noxious properties;
- c. tendency to bio-accumulation.

These criteria are not necessarily of equal importance for a particular substance or group of substances, and other factors, such as the location and quantities of the discharge, may need to be considered.

Part I

The following substances are included in this Part

- i. because they are not readily degradable or rendered harmless by natural processes; and
- ii. because they may either:
 - a. give rise to dangerous accumulation of harmful material in the food chain, or
 - b. endanger the welfare of living organisms causing undesirable changes in the marine eco-systems, or
 - c. interfere seriously with the harvesting of sea foods or with other legitimate uses of the sea; and
- iii. because it is considered that pollution by these substances necessitates urgent action:
 - 1. Organohalogen compounds and substances which may form such compounds in the marine environment, excluding those which are biologically harmless, or which are rapidly converted in the sea into substances which are biologically harmless.
 - 2. Mercury and mercury compounds.
 - 3. Cadmium and cadmium compounds.
 - 4. Persistent synthetic materials which may float, remain in suspension or sink, and which may seriously interfere with any legitimate use of the sea.
 - 5. Persistent oils and hydrocarbons of petroleum origin.

Annexe A

La répartition des substances entre les parties I, II et III ci-dessous tient compte des critères ci-après:

- a. la persistance;
- b. la toxicité ou autres propriétés nocives;
- c. la tendance à la bio-accumulation.

Ces critères ne sont pas nécessairement d'égale importance pour une substance ou un groupe de substances déterminées, et d'autres facteurs, tels que l'emplacement et la quantité déversée, doivent peut-être être pris en considération.

Partie I

Les substances suivantes sont incluses dans la présente partie:

- i. parce qu'elles ne sont pas rapidement décomposées ou rendues inoffensives par des processus naturels; et
- ii. parce qu'elles peuvent soit:
 - a. entraîner une accumulation dangereuse de matières nocives dans la chaîne alimentaire, soit
 - b. menacer la santé des organismes vivants en provoquant des modifications non souhaitables des écosystèmes marins, soit
 - c. gêner gravement la récolte des produits de la mer ou les autres utilisations légitimes de la mer; et
- iii. parce qu'on considère que la pollution par ces substances exige des mesures urgentes:
 - 1. Composés organohalogénés et substances qui peuvent donner naissance à de tels composés dans le milieu marin, à l'exclusion de ceux qui sont biologiquement inoffensifs, ou qui se transforment rapidement dans la mer en substances biologiquement inoffensives.
 - 2. Mercure et composés du mercure.
 - 3. Cadmium et composés du cadmium.
 - 4. Les matières synthétiques persistantes qui peuvent flotter, rester en suspension, ou couler, et qui peuvent gravement gêner toute utilisation légitime de la mer.
 - 5. Huiles et hydrocarbures d'origine pétrolière persistants.

Anlage A

Bei der Aufteilung der Stoffe auf die Teile I, II und III werden folgende Maßstäbe angelegt:

- a) Beständigkeit,
- b) Giftigkeit oder sonstige schädliche Eigenschaften,
- c) Tendenz zur biologischen Ansammlung.

Diese Maßstäbe sind nicht unbedingt von gleicher Bedeutung für einen bestimmten Stoff oder eine bestimmte Gruppe von Stoffen, und andere Faktoren wie der Ort des Einleitens und die eingeleiteten Mengen sind möglicherweise ebenfalls zu berücksichtigen.

Teil I

Folgende Stoffe werden in diesem Teil aufgeführt,

- i) weil sie nicht durch natürliche Vorgänge rasch abgebaut oder unschädlich gemacht werden;
- ii) weil sie entweder
 - a) zu einer gefährlichen Ansammlung schädlicher Stoffe in der Nahrungsmittelkette führen können oder
 - b) die Gesundheit von Lebewesen gefährden können, indem sie unerwünschte Veränderungen in den Ökosystemen des Meeres hervorrufen, oder
 - c) das Ernten von Meeresprodukten oder die sonstige rechtmäßige Nutzung des Meeres ernstlich behindern können und
- iii) weil man der Ansicht ist, daß die Verschmutzung durch diese Stoffe Sofortmaßnahmen erfordert:
 - 1. organische Halogenverbindungen und Stoffe, die in der Meeresumwelt derartige Verbindungen bilden können, mit Ausnahme solcher Stoffe, die biologisch unschädlich sind oder die im Meer rasch in biologisch unschädlichen Stoffe umgewandelt werden,
 - 2. Quecksilber und Quecksilberverbindungen,
 - 3. Cadmium und Cadmiumverbindungen,
 - 4. beständige Kunststoffe, die im Meer treiben, schweben oder untergehen können und die jede rechtmäßige Nutzung des Meeres ernstlich behindern können,
 - 5. aus Erdöl gewonnene beständige Öle und Kohlenwasserstoffe.

Part II

The following substances are included in this Part because, although exhibiting similar characteristics to the substances in Part I and requiring strict control, they seem less noxious or are more readily rendered harmless by natural processes:

1. Organic compounds of phosphorous, silicon, and tin and substances which may form such compounds in the marine environment, excluding those which are biologically harmless, or which are rapidly converted in the sea into substances which are biologically harmless.
2. Elemental phosphorus.
3. Non-persistent oils and hydrocarbons of petroleum origin.
4. The following elements and their compounds:

Arsenic	Lead
Chromium	Nickel
Copper	Zinc

5. Substances which have been agreed by the Commission as having a deleterious effect on the taste and/or smell of products derived from the marine environment for human consumption.

Part III

The following substances are included in this Part because, although they display characteristics similar to those of substances listed in Part I and should be subject to stringent controls with the aim of preventing and, as appropriate, eliminating the pollution which they cause, they are already the subject of research, recommendations and, in some cases, measures under the auspices of several international organisations and institutions; those substances are subject to the provisions of Article 5:

- Radio-active substances, including wastes.

Partie II

Les substances suivantes sont incluses dans la présente partie parce que, bien que présentant des caractères analogues aux substances de la partie I et devant faire l'objet d'un contrôle rigoureux, elles semblent moins nocives ou sont plus rapidement rendues inoffensives par un processus naturel:

1. Composés organiques du phosphore, du silicium et de l'étain et substances qui peuvent donner naissance à de tels composés dans le milieu marin, à l'exclusion de ceux qui sont biologiquement inoffensifs ou qui se transforment rapidement dans la mer en substances biologiquement inoffensives.
2. Phosphore élémentaire.
3. Huiles et hydrocarbures d'origine pétrolière non persistants.
4. Les éléments ci-après et leurs composés:

arsenic	plomb
chrome	nickel
cuivre	zinc

5. Substances qui de l'avis de la Commission ont un effet nuisible sur le goût et/ou l'odeur de produits de consommation par l'homme dérivés du milieu marin.

Partie III

Les substances suivantes sont incluses dans la présente partie parce que bien que présentant des caractères analogues aux substances de la partie I et devant faire l'objet d'un contrôle rigoureux en vue de prévenir et le cas échéant d'éliminer la pollution dont elles sont la cause, elles font déjà l'objet d'étude, de recommandations et le cas échéant, de mesures dans le cadre de plusieurs organisations et institutions internationales; ces substances sont soumises aux dispositions de l'article 5:

- Substances radioactives, y compris les déchets.

Teil II

Folgende Stoffe werden in diesem Teil aufgeführt, weil sie, auch wenn sie ähnliche Eigenschaften wie die Stoffe in Teil I aufweisen und einer strengen Kontrolle bedürfen, weniger schädlich erscheinen oder rascher durch natürliche Vorgänge unschädlich gemacht werden:

1. organische Verbindungen von Phosphor, Silicium und Zinn sowie Stoffe, die in der Meeresumwelt derartige Verbindungen bilden können, mit Ausnahme derjenigen Stoffe, die biologisch unschädlich sind oder die im Meer rasch in biologisch unschädliche Stoffe umgewandelt werden,
2. reiner Phosphor,
3. aus Erdöl gewonnene nichtbeständige Öle und Kohlenwasserstoffe,
4. folgende Elemente und ihre Verbindungen:

Arsen	Blei
Chrom	Nickel
Kupfer	Zink

5. Stoffe, die nach Ansicht der Kommission eine schädliche Wirkung auf den Geschmack und/oder Geruch der Erzeugnisse haben, die aus der Meeresumwelt für den menschlichen Verbrauch gewonnen werden.

Teil III

Folgende Stoffe werden in diesem Teil aufgeführt, weil sie, auch wenn sie ähnliche Eigenschaften wie die Stoffe in Teil I aufweisen und einer strengen Kontrolle mit dem Ziel der Verhütung und gegebenenfalls Beseitigung der von ihnen verursachten Verschmutzung unterworfen werden sollen, bereits Gegenstand von Forschungsarbeiten, von Empfehlungen und in einigen Fällen von Maßnahmen im Rahmen mehrerer internationaler Organisationen und Einrichtungen sind; diese Stoffe unterliegen dem Artikel 5:

- radioaktive Stoffe einschließlich Abfälle.

Annex B**Article 1**

Unless the parties to the dispute decide otherwise, the arbitration procedure shall be in accordance with the provisions of this Annex.

Article 2

1. At the request addressed by one Contracting Party to another Contracting Party in accordance with Article 21 of the Convention, an arbitral tribunal shall be constituted. The request for arbitration shall state the subject matter of the application including in particular the Articles of the Convention, the interpretation or application of which is in dispute.

2. The claimant shall inform the Commission that he has requested the setting up of an arbitral tribunal, stating the name of the other party to the dispute and the Article of the Convention the interpretation or application of which is in his opinion in dispute. The Commission shall forward the information thus received to all Contracting Parties to the Convention.

Article 3

The arbitral tribunal shall consist of three members: each of the parties to the dispute shall appoint an arbitrator; the two arbitrators so appointed shall designate by common agreement the third arbitrator who shall be the chairman of the tribunal. The latter shall not be a national of one of the parties to the dispute, nor have his usual place of residence in the territory of one of these parties, nor be employed by any of them, nor have dealt with the case in any other capacity.

Article 4

1. If the chairman of the arbitral tribunal has not been designated within two months of the appointment of the second arbitrator, the Secretary General of the United Nations shall, at the request of either party, designate him within a further two months' period.

2. If one of the parties to the dispute does not appoint an arbitrator within two months of receipt of the request, the other party may inform the Secretary General of the United Nations who shall designate the chairman of the arbitral tribunal within a further two months' period. Upon designation, the chairman of the arbitral tribunal shall request the party which has not appointed an arbitrator to do so within two months. After such period, he shall inform the Secretary General of the United Nations who shall make this appointment within a further two months' period.

Annexe B**Article premier**

A moins que les parties au différend n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est conduite conformément aux dispositions de la présente Annexe.

Article 2

1. Sur requête adressée par une partie contractante à une autre partie contractante en application de l'article 21 de la Convention, il est constitué un tribunal arbitral. La requête d'arbitrage indique l'objet de la requête, y compris, notamment, les articles de la Convention dont l'interprétation ou l'application sont en litige.

2. La partie requérante informe la Commission du fait qu'elle a demandé la constitution d'un tribunal arbitral, du nom de l'autre partie au différend ainsi que des articles de la Convention dont l'interprétation ou l'application font à son avis l'objet du différend. La Commission communique les informations ainsi reçues à toutes les Parties Contractantes à la Convention.

Article 3

Le tribunal arbitral est composé de trois membres: chacune des parties au différend nomme un arbitre; les deux arbitres ainsi nommés désignent d'un commun accord le troisième arbitre, qui assume la présidence du tribunal. Ce dernier ne doit pas être le ressortissant de l'une des parties au différend, ni avoir sa résidence habituelle sur le territoire de l'une de ces parties, ni se trouver au service de l'une d'elles, ni s'être déjà occupé de l'affaire à aucun autre titre.

Article 4

1. Si dans un délai de deux mois après la nomination du deuxième arbitre, le président du tribunal arbitral n'est pas désigné, le Secrétaire général des Nations Unies procède, à la requête de la partie la plus diligente, à sa désignation dans un nouveau délai de deux mois.

2. Si dans un délai de deux mois après la réception de la requête, l'une des parties au différend ne procède pas à la nomination d'un arbitre, l'autre partie peut saisir le Secrétaire général des Nations Unies qui désigne le président du tribunal arbitral dans un nouveau délai de deux mois. Dès sa désignation, le président du tribunal arbitral demande à la partie qui n'a pas nommé d'arbitre de le faire dans un délai de deux mois. Passé ce délai, il saisit le Secrétaire général des Nations Unies qui procède à cette nomination dans un nouveau délai de deux mois.

Anlage B**Artikel 1**

Sofern die Streitparteien nichts anderes beschließen, bestimmt sich das Schiedsverfahren nach dieser Anlage.

Artikel 2

(1) Auf Grund eines von einer Vertragspartei an eine andere Vertragspartei nach Artikel 21 des Übereinkommens gerichteten Antrags wird ein Schiedsgericht gebildet. In dem Antrag ist der Gegenstand des Begehrens darzulegen, insbesondere die Artikel des Übereinkommens, deren Auslegung oder Anwendung umstritten ist.

(2) Der Kläger unterrichtet die Kommission, daß er die Errichtung eines Schiedsgerichts beantragt hat, wobei er den Namen der anderen Streitpartei und die Artikel des Übereinkommens angibt, deren Auslegung oder Anwendung für umstritten hält. Die Kommission leitet diese Informationen an alle Vertragsparteien des Übereinkommens weiter.

Artikel 3

Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern, wobei jede Streitpartei einen Schiedsrichter ernannt; die beiden so ernannten Schiedsrichter bestellen einvernehmlich den dritten Schiedsrichter, der als Obmann des Schiedsgerichts tätig wird. Der Obmann darf nicht Staatsangehöriger einer der Streitparteien sein, seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer dieser Parteien haben, im Dienst einer derselben stehen oder in anderer Eigenschaft mit der Sache befaßt gewesen sein.

Artikel 4

(1) Ist der Obmann des Schiedsgerichts nicht binnen zwei Monaten nach Ernennung des zweiten Schiedsrichters bestellt worden, so bestellt ihn der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf Antrag einer der beiden Parteien binnen weiterer zwei Monate.

(2) Ernennet eine der Streitparteien nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Antrags einen Schiedsrichter, so kann die andere Partei den Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichten, der den Obmann des Schiedsgerichts binnen weiterer zwei Monate bestellt. Nach seiner Bestellung fordert der Obmann des Schiedsgerichts die Partei, die noch keinen Schiedsrichter ernannt hat, auf, dies binnen zwei Monaten zu tun. Nach Ablauf dieser Frist unterrichtet er den Generalsekretär der Vereinten Nationen, der diese Ernennung binnen weiterer zwei Monate vornimmt.

Article 5

1. The arbitral tribunal shall decide according to the rules of international law and, in particular, those of this Convention.

2. Any arbitral tribunal constituted under the provisions of this Annex shall draw up its own rules of procedure.

Article 6

1. The decisions of the arbitral tribunal, both on procedure and on substance, shall be taken by majority voting of its members.

2. The tribunal may take all appropriate measures in order to establish the facts. It may, at the request of one of the Parties, recommend essential interim measures of protection.

3. If two or more arbitral tribunals constituted under the provisions of this Annex are seized of request with identical or similar subjects, they may inform themselves of the procedures for establishing the facts and take them into account as far as possible.

4. The parties to the dispute shall provide all facilities necessary for the effective conduct of the proceedings.

5. The absence or default of a party to the dispute shall not constitute an impediment to the proceedings.

Article 7

1. The award of the arbitral tribunal shall be accompanied by a statement of reasons. It shall be final and binding upon the parties to the dispute.

2. Any dispute which may arise between the parties concerning the interpretation or execution of the award may be submitted by either party to the arbitral tribunal which made the award or, if the latter cannot be seized thereof, to another arbitral tribunal constituted for this purpose in the same manner as the first.

Article 8

The European Economic Community, like any Contracting Party to the present Convention, has the right to appear as applicant or respondent before the arbitral tribunal.

Article 5

1. Le tribunal arbitral décide selon les règles du droit international et, en particulier, de la présente Convention.

2. Tout tribunal arbitral constitué aux termes de la présente Annexe établit ses propres règles de procédure.

Article 6

1. Les décisions du tribunal arbitral, tant sur la procédure que sur le fond, sont prises à la majorité des voix de ses membres.

2. Le tribunal peut prendre toutes mesures appropriées pour établir les faits. Il peut, à la demande d'une des parties, recommander les mesures conservatoires indispensables.

3. Si deux ou plusieurs tribunaux arbitraux constitués aux termes de la présente Annexe se trouvent saisis de requêtes ayant des objets identiques ou analogues, ils peuvent s'informer des procédures relatives à l'établissement des faits et en tenir compte dans la mesure du possible.

4. Les parties au différend fourniront toutes facilités nécessaires pour la conduite efficace de la procédure.

5. L'absence ou le défaut d'une partie au différend ne fait pas obstacle à la procédure.

Article 7

1. La sentence du tribunal arbitral est motivée. Elle est définitive et obligatoire pour les parties au différend.

2. Tout différend qui pourrait surgir entre les parties concernant l'interprétation ou l'exécution de la sentence peut être soumis par la partie la plus diligente au tribunal arbitral qui l'a rendue ou, si ce dernier ne peut en être saisi, à un autre tribunal arbitral constitué à cet effet de la même manière que le premier.

Article 8

La Communauté économique européenne, comme toute Partie Contractante à la Convention, est habilitée à agir comme partie requérante ou appelée devant le tribunal arbitral.

Artikel 5

(1) Das Schiedsgericht entscheidet nach den Regeln des Völkerrechts und insbesondere nach diesem Übereinkommen.

(2) Jedes nach dieser Anlage gebildete Schiedsgericht gibt sich eine Verfahrensordnung.

Artikel 6

(1) Die Entscheidungen des Schiedsgerichts sowohl in Verfahrens- als auch in materiellen Fragen werden mit der Mehrheit seiner Mitglieder getroffen.

(2) Das Schiedsgericht kann alle geeigneten Maßnahmen treffen, um die Tatsachen festzustellen. Es kann auf Antrag einer der Parteien unerläßliche einstweilige Maßnahmen empfehlen.

(3) Werden zwei oder mehr auf Grund dieser Anlage gebildete Schiedsgerichte mit Anträgen über denselben Gegenstand oder über ähnliche Gegenstände befaßt, so können sie sich über die Verfahren zur Tatsachenfeststellung unterrichten und sie soweit wie möglich berücksichtigen.

(4) Die Streitparteien stellen alle erforderlichen Einrichtungen für den wirksamen Ablauf des Verfahrens zur Verfügung.

(5) Die Abwesenheit oder das Nichterscheinen einer Streitpartei steht der Durchführung des Verfahrens nicht entgegen.

Artikel 7

(1) Der Spruch des Schiedsgerichts ist zu begründen. Der Spruch ist endgültig und für die Streitparteien bindend.

(2) Jede Streitigkeit zwischen den Parteien über die Auslegung oder Durchführung des Spruches kann von jeder Partei dem Schiedsgericht unterbreitet werden, das den Spruch gefällt hat, oder, wenn dieses nicht damit befaßt werden kann, einem anderen Schiedsgericht, das zu diesem Zweck in derselben Weise wie das erste gebildet wird.

Artikel 8

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hat wie jede Vertragspartei dieses Übereinkommens das Recht, als Kläger oder Beklagter vor dem Schiedsgericht zu erscheinen.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Allgemeines

Das Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung vom Lande aus vom 4. Juni 1974 (im Folgenden Übereinkommen genannt) wurde am 11. Juni 1974 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Es trat mit der Hinterlegung der 7. Ratifikationsurkunde am 6. Mai 1978 in Kraft. Parteien des Übereinkommens sind die 8 EG-Mitgliedstaaten (außer Italien), die EWG selbst sowie Island, Norwegen, Schweden, Portugal und Spanien. An den Beratungen waren Österreich, Finnland und die Schweiz beteiligt. Sie haben das Übereinkommen jedoch bisher nicht unterzeichnet und sind auch nicht beigetreten.

Das Übereinkommen ist Teilstück der seit Jahren intensiv betriebenen Bemühungen um einen lückenlosen europäischen Gewässerschutz. Es hat ebenso wie das Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge vom 15. Februar 1972 (Oslo-Übereinkommen) die Bekämpfung der Meeresverschmutzung in der Nordsee und im Nordostatlantik zum Ziel. Die Vertragspartner des Oslo-Übereinkommens, die 13 Anliegerstaaten der Nordsee und des Nordostatlantiks, sind mit Ausnahme von Finnland auch Vertragsparteien dieses Übereinkommens. Beide Übereinkommen ergänzen einander sachlich. Das Oslo-Übereinkommen betrifft die Verhütung der Meeresverschmutzung durch das Einbringen von Abfällen durch Schiffe und Luftfahrzeuge. Dieses Übereinkommen befaßt sich mit der Verschmutzung des Meeres durch Flüsse und Flußmündungen, durch Pipelines und direkte Ableitungen von der Küste aus; es erfaßt nicht die Einbringung von Schmutzstoffen in die Meeresumwelt durch Lufttransport.

Das Übereinkommen hat zum Ziel den Schutz der Nordsee und des Nordostatlantiks vor einer Verschmutzung durch verschiedene Gruppen gefährlicher Substanzen, die teils stufenweise beseitigt, teils streng begrenzt werden sollen. Diese in Anlage A Teile I bis III des Übereinkommens aufgeführten Stoffe stimmen zum größten Teil mit den Stoffen überein, die in den Anlagen I und II des Oslo-Übereinkommens und des globalen Anwendung findenden parallelen Übereinkommens über das Einbringen von Abfällen ins Meer vom 13. November 1972 (London-Übereinkommen) genannt sind. Sie finden sich zum Teil auch im Anhang II Listen A und B des Entwurfs eines Europäischen Übereinkommens zum Schutz internationaler Wasserläufe vor Verschmutzung (Straßburger Konvention) wieder sowie im Anhang Liste I und Liste II zur Richtlinie des EG-Rates betreffend die Verschmutzung infolge der Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer der Gemeinschaft vom 4. Mai 1976, EG-Gewässerschutzrichtlinie, deren Zielsetzung u. a. eine Harmonisierung der Stoffgruppen im Rahmen der EG ist.

Weitere Hauptelemente des Übereinkommens sind: Einrichtung eines gemeinsamen Überwachungsnetzes durch die Vertragsstaaten in Nordsee und Nordostatlantik; Einsetzung einer Vertragskommission mit u. a. folgenden Aufgaben: Vorschlag von Programmen zur Eindämmung der Verschmutzung, Aufstellung von

Zielen für die Qualität der Umwelt als Richtlinie für die Programme zur Eindämmung der Verunreinigungen oder für subregionale Abkommen zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien, Koordinierung des Überwachungsnetzes.

Das Übereinkommen wurde am 23. Juni 1975 als erstes internationales Umweltschutzabkommen von der EG unterzeichnet. Wesentliche Grundlage hierfür ist die Erklärung des Rates der EG vom 22. November 1973 über ein Aktionsprogramm der EG für den Umweltschutz, das sich insbesondere auch mit der Bekämpfung der vom Land ausgehenden Meeresverschmutzung befaßt. Als Mitglied der im Rahmen des Übereinkommens geschaffenen Kommission hat die Gemeinschaft die Möglichkeit, darauf hinzuwirken, daß ein abgestimmtes Vorgehen nach den Programmen der Kommission und der Gemeinschaft gewährleistet wird.

II. Besonderes

A. Übereinkommen

Zu Artikel 1

Artikel 1 Abs. 1 enthält die Bestimmung des Begriffs „Verschmutzung“. Sie stellt darauf ab, ob sich durch die Zuführung von Stoffen oder Energie in die Meeresumwelt abträgliche Wirkungen ergeben haben. Die Gefahr des Eintritts solcher Wirkungen reicht nicht aus. Artikel 1 Abs. 1 und 2 statuiert die grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien, alle nur möglichen Schritte zur Verhütung der Meeresverschmutzung zu unternehmen und insbesondere einzeln und gemeinsam bestimmte Maßnahmen, die nach Maßgabe des Übereinkommens erforderlich werden, zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung vom Lande aus zu treffen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 grenzt den räumlichen Geltungsbereich des Übereinkommens in Anlehnung an Artikel 2 des Oslo-Übereinkommens ab.

Zu Artikel 3

Artikel 3 enthält Begriffsbestimmungen. Der Begriff „Meeresgebiet“ beschreibt den Geltungsbereich des Übereinkommens. Er reicht von der Hohen See über das Küstenmeer bis zur landwärtigen Seite der Basislinien, von denen aus die Breite des Küstenmeeres gemessen wird. Bei Wasserläufen erstreckt er sich bis zur „Süßwassergrenze“, die entsprechend dem Entwurf des Artikels 1 Buchstabe c der Straßburger Konvention definiert worden ist. Die Grenze, bis zu der die Meereszone reichen soll, kann gemäß Artikel 16 Buchstabe c des Übereinkommens abweichend davon weiter landeinwärts beschlossen werden. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß die vom Land herrührende Verschmutzung des Meeres durch einen Flußlauf im Einzelfall zweckmäßigerweise an einer Stelle kontrolliert werden muß, wo der Salzgehalt keine entscheidende Rolle mehr spielt.

Aufbauend auf dem allgemeinen Begriff der „Verschmutzung“ wird der Begriff „Verschmutzung vom Lande aus“ dahin bestimmt, daß die Meeresverschmutzung durch Stoffe verursacht sein muß, die vom Land aus auf dem Wasserweg, direkt von der Küste aus – einschließlich der Einführung durch Rohrleitungen – oder von menschlichen Bauwerken aus das Meeresgebiet erreichen, die unter nationaler Hoheitsgewalt stehen und sich im räumlichen Geltungsbereich des Übereinkommens befinden. Die Vertragsparteien verzichten auf die Einbeziehung der über die Atmosphäre vermittelten Verschmutzung des Meeresgebietes.

Zu den Artikeln 4 bis 6

Die Artikel 4 bis 6 enthalten die Konkretisierung der in Artikel 1 allgemein dargestellten Pflichten der Vertragsparteien.

Artikel 4 Abs. 1 statuiert die Verpflichtung der Vertragsparteien, nötigenfalls stufenweise die Verschmutzung durch die in Anlage A Teil I aufgeführten Stoffe zu beseitigen sowie die Verschmutzung durch Stoffe der Anlage A Teil II streng zu begrenzen. Gemäß Artikel 4 Abs. 2 sind die Mittel zur Erfüllung dieser Verpflichtungen von den Vertragsstaaten durchgeführte Programme und Maßnahmen. Bei Stoffen der Anlage A Teil I sollen diese Programme und Maßnahmen der vordringlichen Beseitigung der Verschmutzung dienen. Die Einleitung von Stoffen der Anlage A Teil II unterliegt einer in regelmäßigen Abständen zu überprüfenden Genehmigung durch die zuständige Behörde.

Artikel 4 Abs. 3 bestimmt die Kriterien, die je nach Fallgestaltung in den Programmen und Maßnahmen enthalten sein müssen: Vorschriften oder Normen über die Einleitung – sei es, daß sie das Meeresgebiet direkt, sei es, daß sie es über Wasserläufe beeinflusst –, über Umweltqualität sowie über Zusammensetzung und Verwendung von Stoffen und Erzeugnissen (sogenannte Produktnormen). Zur Effektivität der Programme und Maßnahmen sollen die jüngsten technischen Entwicklungen berücksichtigt sowie Endtermine festgelegt werden.

Artikel 4 Abs. 4 räumt den Vertragsparteien die Möglichkeit ein, Notmaßnahmen zur Verhütung, Verringerung oder Beseitigung einer Verschmutzung durch Stoffe vorzunehmen, die noch nicht in Anlage A aufgeführt sind aber – wissenschaftlich nachgewiesen – zu einer ernstlichen Gefahr in dem Meeresgebiet führen können.

Artikel 5 begründet eine Verschmutzungsverhütungs- und ggf. -beseitigungspflicht betreffend die Verschmutzung des Meeresgebietes durch die in Anlage A Teil III aufgeführten radioaktiven Stoffe und Abfälle. Obwohl diese Stoffe ähnlich gefährliche Eigenschaften wie diejenigen der Anlage A Teil I aufweisen, haben sie in Artikel 5 eine Sonderregelung erfahren. Grund dafür ist, daß die radioaktiven Stoffe bereits Gegenstand von Forschungsarbeiten, von Empfehlungen und in einigen Fällen von Maßnahmen im Rahmen internationaler Organisationen und Einrichtungen sind, die bei den Maßnahmen der Vertragsparteien des Übereinkommens zu berücksichtigen sind.

Artikel 6 stellt einen allgemeinen Auffangtatbestand dar. Er hat die Erhaltung und Verbesserung der Qualität der Meeresumwelt zum Ziel, die beeinflusst werden kann

durch eine „bereits bestehende“ oder durch eine „neue“ Verschmutzung durch schon vorhandene oder neue Stoffen. Die Vertragsparteien müssen sich bemühen, diese Verschmutzungen zu verringern bzw. zu verhüten. Sie müssen dabei unter anderem die Notwendigkeit einer integrierten Planungspolitik im Einklang mit den Erfordernissen des Umweltschutzes berücksichtigen. Damit soll ein uferloses Industriewachstum an wenig verunreinigten Gewässern verhindert werden.

Zu Artikel 7

Artikel 7 soll die Vertragsparteien daran hindern, bei der Durchführung von Maßnahmen, die dem Schutz des Meeresgebietes dienen, auf andere Verschmutzungsformen, z. B. Versenkung der Schmutzstoffe von Schiffen aus in eben dieses Meeresgebiet, auszuweichen. Entsprechend Artikel 3 des Oslo-Übereinkommens sollen Maßnahmen zum Schutz des Meeresgebietes auch nicht zu einer Zunahme der Verschmutzung in anderen Meeresgebieten führen.

Zu Artikel 8

Artikel 8 stellt klar, daß es den Vertragsstaaten freigestellt ist, strengere Maßnahmen zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung anzuwenden, als sie das Übereinkommen vorsieht.

Zu Artikel 9

Artikel 9 eröffnet für die Vertragsparteien die Möglichkeit, bi- oder multilaterale Zusatzübereinkünfte mit den in Artikel 9 Abs. 3 genannten Inhalten abzuschließen. Voraussetzung dafür ist,

- daß vom Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eine Verschmutzung durch Stoffe ausgeht, die nicht in Anlage A Teil I aufgeführt sind,
- daß diese Stoffe geeignet sind, die Interessen eines oder mehrerer anderer Vertragsparteien zu schädigen.

Dem Abschluß einer Zusatzübereinkunft über Zusammenarbeit durch die betroffenen Parteien gehen Konsultationen voraus, die auf Antrag einer Partei aufgenommen werden müssen. Auf Antrag einer Partei prüft aber auch die Kommission die Frage einer Übereinkunft; sie kann Empfehlungen zur Erzielung einer befriedigenden Lösung abgeben. Die Übereinkünfte können unter anderem die angestrebten Qualitätsziele innerhalb eines besonderen räumlichen oder sachlichen Geltungsbereichs sowie die Methoden zur Erreichung dieser Ziele festlegen. Auf die Festlegung von Mindestnormen wurde verzichtet. Die Parteien der Übereinkünfte haben die Pflicht, deren Inhalt sowie die bei der Durchführung erzielten Fortschritte den anderen Vertragsparteien über die Kommission mitzuteilen.

Zu den Artikeln 10 bis 13

Die Artikel 10 bis 13 enthalten Verpflichtungen der Vertragsparteien betreffend Zusammenarbeit bei Forschungs- und Überwachungsprogrammen, betreffend Beistandsleistungen sowie Sicherstellung der Einhaltung des Übereinkommens.

Gemäß Artikel 10 sollen unter Berücksichtigung einschlägiger Arbeiten internationaler Organisationen und

Einrichtungen wissenschaftliche und technische Forschungsprogramme entweder von den Vertragsparteien gemeinsam oder einzeln – aber dann aufeinander abgestimmt – aufgestellt werden. Sie sollen die Erforschung der Methoden zur Beseitigung schädlicher Stoffe bzw. die Erforschung unschädlicher Ersatzstoffe umfassen. Aus Anlaß der Aufstellung dieser Programme findet ein gegenseitiger Informationsaustausch statt.

Artikel 11 sieht die stufenweise Errichtung und Betreuung eines ständigen Überwachungssystems vor. Zu diesem System gehören systematische und ad-hoc-Überwachungsprogramme. Die Parteien bestimmen, in welcher Weise sie diese einzeln oder gemeinsam durchführen können und berücksichtigen dabei Forschungsschiffe und sonstige Anlagen, die bereits im Überwachungsgebiet eingesetzt sind, und ähnliche Programme internationaler Organisationen und Einrichtungen. Dieses Überwachungssystem soll der frühzeitigen Feststellung des jeweiligen Standes der Meeresverschmutzung sowie der Feststellung der Wirksamkeit der aufgrund des Übereinkommens getroffenen Maßnahmen dienen.

Artikel 12 stellt sicher, daß jede Vertragspartei für die Einhaltung des Übereinkommens Sorge trägt und in ihrem Hoheitsgebiet Zuwiderhandlungen durch geeignete Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen entgegentritt. Diese Maßnahmen werden der Kommission mitgeteilt.

Artikel 13 sieht eine gegenseitige Beistandspflicht der Vertragsparteien zur Verhütung von Ereignissen vor, die zu einer Verschmutzung vom Lande aus führen können. Falls ein solches Ereignis eingetreten ist, erstreckt sich die gegenseitige Hilfeleistung auch auf die Beschränkung bzw. Beseitigung der Folgen. Sie geht Hand in Hand mit einem Informationsaustausch.

Zu Artikel 14

Artikel 14 entspricht im wesentlichen dem Artikel 6 des Entwurfs der Straßburger Konvention. Er stellt klar, daß eine Vertragspartei nicht gegen das Übereinkommen verstößt, wenn sie ihre Pflichten deshalb nicht erfüllen kann, weil die zu bekämpfende Verschmutzung ihren Ursprung im Hoheitsgebiet eines Nichtvertragsstaates hat. Allerdings muß sich die Vertragspartei bemühen, durch Zusammenarbeit mit dem Nichtvertragsstaat dennoch die volle Anwendung des Übereinkommens zu ermöglichen.

Zu den Artikeln 15 bis 18

Die nach Artikel 15 zu bildende Kommission besteht aus Vertretern aller Vertragsparteien. Sie tritt in regelmäßigen Abständen und dann zusammen, wenn dies aufgrund besonderer Umstände nach der Geschäftsordnung beschlossen wird.

Artikel 16 beschreibt die der Kommission obliegenden Aufgaben. Grundsätzlich muß sie alle nach dem Übereinkommen etwa erforderlichen Aufgaben wahrnehmen. Insbesondere hat sie die Aufsicht über die Durchführung des Übereinkommens; sie erarbeitet die in Artikel 4 genannten Programme und Maßnahmen; sie überprüft allgemein den Zustand des Meeres im Geltungsbereich des Übereinkommens, die Wirksamkeit der Kontrollmaßnahmen, die Notwendigkeit zusätzlicher Maßnah-

men; sie gibt Empfehlungen ab für den Abschluß von Zusatzübereinkünften gemäß Artikel 9 sowie hinsichtlich etwaiger Änderungen der in Anlage A enthaltenen Stofflisten. Außerdem sammelt und überprüft sie die ihr von den Vertragsparteien zu übermittelnden Informationen und macht sie allen Vertragsparteien zugänglich.

Artikel 17 konkretisiert bestimmte Informationspflichten der Vertragsparteien. So übermitteln sie der Kommission nach einem Standardverfahren die Ergebnisse der Überwachung des geschützten Meeresgebietes und Informationen über die in Anlage A aufgeführten Stoffe. Um die gemäß Artikel 4 beschlossenen Programme möglichst auf dem neuesten Stand zu halten, bemühen sich die Vertragsparteien, die Verfahren für die Informationssammlung fortzuentwickeln.

Artikel 18 enthält die Beschlußfassungsverfahren der Kommission zu den einzelnen Sachgebieten. Die Geschäftsordnung und Finanzordnung gibt sich die Kommission selbst einstimmig. Einstimmige Annahme gilt auch für die Programme und Maßnahmen gemäß den Artikeln 4, 10 und 11 sowie für Beschlüsse nach Artikel 16 Buchstabe c über die Regelung der Süßwassergrenze. Diese Programme und Maßnahmen werden für alle Vertragsstaaten wirksam 200 Tage, nachdem sie von der Kommission einstimmig angenommen worden sind, es sei denn, die Kommission bestimmt einen anderen Zeitpunkt. Bei fehlender Einstimmigkeit können die Programme und Maßnahmen mit $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Stimmen der Kommissionsmitglieder angenommen werden und werden dann 200 Tage nach der Annahme wirksam für die Vertragsparteien, die zugestimmt haben, es sei denn, die Kommission hat einen anderen Zeitpunkt bestimmt. Für diejenigen Vertragsparteien, die nicht zugestimmt haben, werden sie erst dann wirksam, wenn diese die Programme und Maßnahmen ausdrücklich angenommen haben.

Eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Stimmen der Kommissionsmitglieder genügt auch für die Annahme von Empfehlungen für Änderungen der Anlage A. Eine von der Kommission angenommene Änderungsempfehlung muß den Regierungen der Vertragsparteien zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Genehmigung braucht nicht ausdrücklich erklärt zu werden. Geht binnen 200 Tagen nach Annahme der Änderungsempfehlung bei der Verwarregierung keine Mitteilung einer Regierung über die Verweigerung der Genehmigung ein, so tritt die Änderung für alle Vertragsparteien 230 Tage nach der Abstimmung in der Kommission in Kraft.

Zu Artikel 19

Artikel 19 Abs. 1 bestimmt, daß die EWG als Vertragspartei in den unter ihre Zuständigkeit fallenden Bereichen so viele Stimmen hat, wie diejenigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind. Sie hat Artikel 19 Abs. 2 kein zusätzliches Stimmrecht, sobald ihre Mitgliedstaaten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machen. Die Ausübung des Stimmrechts regelt sich nach den internen Verfahren der Gemeinschaft.

Zu Artikel 20

Artikel 20 bestimmt den Zeitpunkt der ersten Kommissionssitzung.

Zu Artikel 21

Artikel 21 regelt die Beilegung von Streitigkeiten. Gelingt es nicht, eine Streitigkeit auf dem Verhandlungswege, auch nicht unter Einschaltung der Kommission, beizulegen, wird sie auf Antrag einer der Streitparteien einem Schiedsverfahren nach Maßgabe der Anlage B unterworfen.

Zu den Artikeln 22 bis 29

Die Artikel 22 bis 29 enthalten Bestimmungen über Unterzeichnung, Ratifikation, Beitritt, Inkrafttreten, Kündigung, Änderung, Information der Vertragsparteien und Hinterlegung. Insbesondere ermöglicht Artikel 22 der EWG die Unterzeichnung des Übereinkommens, wovon diese am 23. Juni 1975 Gebrauch gemacht hat.

Gemäß Artikel 27 erfolgt die Revision oder Änderung des Übereinkommens durch eine Konferenz. Diese wird von der Verwahrregierung auf Antrag der Kommission einberufen, wenn dies von einer $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der Mitglieder beschlossen worden ist. Der räumliche Geltungsbereich des Übereinkommens nach Artikel 2 kann anlässlich des Beitritts eines Staates gemäß Artikel 24 Abs. 2, 3 und 4 bei einstimmigem Änderungsvorschlag der Kommission und einstimmiger Genehmigung durch die Vertragsparteien geändert werden.

B. Anlagen**1. Anlage A**

Die Anlage A enthält die Gruppierung der Stoffe in den Teilen I, II, III anhand der Kriterien Beständigkeit, Giftigkeit oder sonstige schädliche Eigenschaften, Tendenz zur biologischen Anreicherung.

In Teil I sind die persistenten schädlichen Stoffe aufgenommen worden, die gemäß Artikel 4 Abs. 1 stufenweise beseitigt werden sollen. Alle aufgeführten Stoffe sind unter dem Aspekt einer sinnvollen Fortschreibung zu sehen. Krebsauslösende Stoffe sind nicht in Teil I aufgenommen worden. Falls Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß ein krebserzeugendes Risiko für die Menschen aus der Einleitung irgendeiner Substanz in das Meeresgebiet vorliegt, kann diese Substanz im Wege der Änderung in Teil I aufgenommen werden.

Substanzen, die in Teil II aufgelistet sind, werden als solche geringerer Priorität betrachtet, die streng begrenzt werden müssen.

Die radioaktiven Substanzen wurden in einem besonderen Teil III erfaßt, weil sie bereits unter Kontrolle mehrerer internationaler Organisationen und Einrichtungen stehen und daher lediglich einer Regelung in Form eines Auffangtatbestandes bedürfen.

Die Vertragsparteien werden bestimmte Emissionsstandards sowie Umweltqualitätsziele in den von der Kommission und den Vertragsparteien angenommenen Programmen im einzelnen festlegen.

Artikel 4 Abs. 4, Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe b, 9 Abs. 1 und Artikel 18 Abs. 4 in Verbindung mit Artikel 16 Buchstabe g ermöglichen es, den Inhalt der Teile I bis III unter kritischer Beobachtung zu halten, Substanzen von einem Teil in den anderen zu transferieren, Hinzufügungen und Streichungen unter Berücksichtigung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Entwicklungen vorzunehmen.

2. Anlage B

Die Anlage B regelt das Schiedsverfahren bei Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien gemäß Artikel 21.